

Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI)

Arbeitspapier Nr. 24

Vahram Soghomonyan

**Europäische Integration
und die regionale Konfiguration
des Südkaukasus**



Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI)

Arbeitspapiere

der Forschungsgruppe Europäische Integration Nr. 24

Vahram Sghomonyan

**Europäische Integration
und die regionale Konfiguration
des Südkaukasus**

(zweite, leicht überarbeitete Auflage)

Marburg 2005

ISBN 3-8185-0401-6

Redaktionelle Bearbeitung: David Salomon, Stefan Schmalz

FEI am Institut für Politikwissenschaft

Leiter: Prof. Dr. Frank Deppe, HD Dr. H.-J. Bieling

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der

Philipps-Universität Marburg

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|---|-----------|
| 1. Einleitung..... | 6 |
| 2. Die regionale Konfiguration des Südkaukasus..... | 10 |
| 2.1. Regionale Identität im historischen Kontext..... | 11 |
| 2.2. Gesellschaftspolitische Entwicklung..... | 13 |
| 2.3. Neoliberale Wirtschaftspolitik und nationale Wirtschaftsstrategien..... | 17 |
| 2.4. Instrumente der regionalen Stabilisierung und der geopolitischen Vorherrschaft: Pipeline-Projekte und Teilnahme des transnationalen Kapitals..... | 20 |
| 3. Die europäische Integration im Kontext konkurrierender hegemonialer Projekte..... | 22 |
| 3.1. Die europäische Alternative zur US-amerikanischen Geostrategie und zum Konzept des „Liberalen Imperiums“ Russland..... | 23 |
| 3.2. Der Europäische Pfeiler: Konsolidierung der außenpolitischen Orientierungen von Armenien, Aserbaidschan und Georgien..... | 25 |
| 3.3. Regionalen Akteure in der Konkurrenz hegemonialer Initiativen..... | 28 |
| 3.4. Der Machtausgleich zwischen den weltpolitischen Akteuren im Südkaukasus..... | 30 |
| 4. Einbindung des Südkaukasus in den europäischen Integrationsprozess..... | 33 |
| 4.1. Wandel in der europäischen Südkaukasuspolitik: Von den PKA zum „Wider Europe“..... | 33 |
| 4.2. Die Osterweiterung der EU: Folgen für den Südkaukasus..... | 35 |
| 5. Die europäische Integration und vergleichbare Ansätze im Südkaukasus..... | 37 |
| 5.1. Integrationsoptionen für den Südkaukasus..... | 37 |
| 5.2. Konflikte, objektive Interdependenzen, negative Integration: „Spill-over“..... | 41 |
| 5.3. Geoökonomische Vorteile für das europäische Binnenmarktprojekt..... | 44 |
| 5.3. Die europäische Regionalpolitik und Perspektiven für den Südkaukasus..... | 46 |
| 5.4. Interessenvertretung im Europarat und in den EU-Institutionen..... | 47 |
| 6. Schluss..... | 48 |
| 7. Anhang..... | 50 |
| 8. Literaturverzeichnis..... | 55 |

1. Einleitung

Mit der Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration stellt sich die Frage, welche neuen Inhalte und welche politischen und ökonomischen Formen dieser Prozess annehmen wird, und mit welchen geopolitischen Herausforderungen die Ausdehnung nach Osten konfrontiert ist. Dieses Arbeitspapier befasst sich mit den integrations- und regionalpolitischen Aspekten im Südkaukasus, einer Nachbarregion der erweiterten Europäischen Union. Es wird dabei vor allem untersucht, in welchem Maße die Herausbildung der südkaukasischen Konfiguration – direkt und indirekt – durch den europäischen Integrationsprozess beeinflusst wird.

Dabei ist zu klären, welchen Stellenwert der Südkaukasus in den Präferenzen der Europäischen Union einnimmt und inwieweit die unterschiedlichen Integrationsmodelle und -paradigmen auf die sozialen Kräfte und politischen Akteure der Region übertragbar sind. In diesem Kontext ist einerseits zu beleuchten, wie der veränderte politische, wirtschaftliche, institutionelle und vertragliche Rahmen¹ die Südkaukasuspolitik der Europäischen Union beeinflusst. Andererseits ist aber auch zu berücksichtigen, inwieweit staatliche und nicht staatliche Akteure auf nationaler und regionaler Ebene ihrerseits die Kooperations- und Integrationsdynamik beeinflussen.

Das Programm „Wider Europe – New Neighbourhood“², das während des Gipfeltreffens in Thessaloniki im Juni 2003 verabschiedet wurde, definiert den politischen Rahmen, in dem die Beziehungen zu den Nachbarstaaten der erweiterten EU aufgebaut werden sollen. Bis zum Ende des Jahres 2003 stellte die EU-Kommission für den Südkaukasus keine Integrationsoptionen in Aussicht. Sie befasste sich nahezu ausschließlich mit der Mitgliedschaft von Bulgarien, Rumänien und der Türkei. Nach den turbulenten politischen Ereignissen in Georgien („Rosenrevolution“)³ im November 2003 hat der EU-

¹ Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und den Staaten des Südkaukasus. Siehe: Abschnitt 4.1.

² „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 11.03.2003.

³ Nach den georgischen Parlamentswahlen am 2. November 2003, deren Ergebnisse sowohl durch die Opposition als auch von den OSZE-Beobachtern als falsifiziert bezeichnet worden sind, leitete der oppositionelle Bund Saakaschwili-Burdschanadse-Schwania eine andauernde Protestbewegung und forderte den Rücktritt des Präsidenten Edward Schewarnadse. Der einstige Außenminister der ehemaligen UdSSR, der zum internationalen Ansehen Georgiens beigetragen hatte, verwendete alle Machthebel, um die Bewegung zu unterdrücken. Doch er gab bald dem Druck der immer massiver werdenden Demonstrationen nach, und trat zurück. Der Weg zu Neuwahlen war somit frei. Die Demonstranten

Ministerrat den Vorschlag unterbreitet Armenien, Aserbaidschan und Georgien in das Programm „Wider Europe“ aufzunehmen. Anschließend fügte auch das Europäische Parlament Korrekturen und neue Standpunkte in den regelmäßigen „Gahrton-Bericht“⁴ zur Südkaukasuspolitik ein. Dennoch werden den einzelnen Teilnehmerstaaten des „Wider Europe“ unterschiedliche Integrationsperspektiven angeboten. Nach Auffassung der zuständigen EU-Kommissare sollte den drei südkaukasischen Republiken die Aussicht auf die Teilnahme am EG-Binnenmarkt und auf eine weitere Integration und Liberalisierung zur Förderung der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs (vier Freiheiten) angeboten werden.⁵ Dabei handelt es sich um eine dynamische Wachstumsregion, in der der Aufschwung Georgiens und Aserbaidschans auf Energie- und Transportprojekten basiert, während die technologie- und exportorientierte Wirtschaft Armeniens als einzige unter den Transformationsländern im Zeitraum vom 2001 bis 2004 zweistellige Wachstumsraten erzielen konnte.

Die komplexe Konstellation geopolitischer Interessen lässt sich als Konkurrenz bestimmter hegemonialer Projekte mit je verschiedenen externen Akteuren entschlüsseln. Diese Projekte sind zum Teil miteinander verflochten. Ihr Ziel besteht darin, die Hegemonie des jeweiligen auswärtigen Akteurs (USA, Russland und EU) in der südkaukasischen Region zu sichern. Auf einer zweiten Ebene konkurrieren die Regionalmächte – der Iran und die Türkei – um Dominanz in der Region. Obwohl die Republiken des Südkaukasus nach der Erringung der Unabhängigkeit in erster Linie versuchen, ihre Staatlichkeit zu festigen und die jungen Demokratien zu konsolidieren, können sie nicht vermeiden, sich mit den konkurrierenden Hegemonialbestrebungen der weltpolitischen Akteure auseinanderzusetzen. Dem europäischen Integrationsprozess stehen die US-amerikanische Geostrategie und das in der Amtszeit Putins entstandene Konzept eines „Liberalen Imperiums“ entgegen.⁶ Nach Meinung des US-Geostrategen Zbigniew Brzezinski (1997: 179) würde „eine Anbindung oder gar irgendeine Form von Mitgliedschaft für Russland in

traten mit Rosen in den Händen ins Parlament. Dadurch kam ein Machtwechsel ohne Blutvergießen zustande. Nach der so genannten „Rosenrevolution“ bekam der 36jährige Michail Saakaschwili bei den Präsidentschaftswahlen am 4. Januar 2004 ca. 90 Prozent der Stimmen.

⁴ „Gahrton-Bericht“ des EP:

<http://www.europarl.eu.int/meetdocs/delegations/caus/20020327/Gahrton%20resolution%20de.pdf>

⁵ Der Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi bezeichnete diese Strategie als „alles bis auf Institutionen“ (Radio Free Europe, 27.01.2004)

⁶ „Anatoly Chubais, RAO 'UES of Russia' board chairman, made public his truly Napoleonic projects on constructing the 'Liberal Empire' over the entire post-Soviet space which will be made possible through establishing control over all

den europäischen und transatlantischen Strukturen den drei kaukasischen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan, die eine Bindung an Europa verzweifelt herbeiwünschen, die Türen zu einem Beitritt öffnen“. Der Südkaukasus liegt zwischen Russland und dem Nahen Osten, die als geographische Mittelpunkte der Expansions- und Einflusskämpfe nach dem Ende der Systemkonkurrenz gelten (Gowan 1999). Das Zusammentreffen von zwei alternativen Entwicklungsvisionen – der EU-Vision des „Wider Europe“ einerseits und den US-Plänen zur Umgestaltung des Nahen Ostens im Rahmen der Initiative „Großes Nahost“⁷ andererseits – kann die Differenzen, die erstmals während des Irak-Krieges in der „Old Europe“-Debatte deutlich wurden, weiter vertiefen und zusätzliche Anspannungen innerhalb des transatlantischen Bündnisses erzeugen. In diesem Zusammenhang gewinnt nicht nur die Frage des gesicherten Zugriffs zu den strategischen Ressourcen zunehmend an Bedeutung, sondern auch die Rollenverteilung der regionalen Akteure und die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungswege einzelner Staaten, die durch ihre strategische Positionierung einen bzw. mehrere der oben erwähnten Prozesse auf dem regionalen „Schachbrett“ (Brzezinski 1997) mitgestalten. Interessant ist, welche Signifikanz die Staaten und regionalen Akteure des Südkaukasus im Kontext der „verstärkten Zusammenarbeit“ und der Ausdehnung des europäischen Binnenmarktes in Kontinentaleuropa gewinnen. Welche Konturen kann ein europäisches Hegemonialprojekt im Südkaukasus erhalten und welche Instrumente werden von der EU dazu in Anspruch genommen?

Im Hinblick auf die Herausbildung einer regionalen Konfiguration mit spezifischen politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen und Machtstrukturen stellt sich die Frage, durch welche Impulse bzw. Prozesse die bisherigen Konfliktformen (Sezessionskonflikte) überwunden werden und Ansätze für eine negative Integration (Scharpf 1996) in der Region entstehen können. Die unterschiedlichen Erfolge und Durchsetzungswege einer neoliberalen Wirtschaftspolitik in Armenien, Aserbaidschan und Georgien spielen dabei eine wesentliche Rolle. Welche Wirtschaftsmodelle entstehen in den drei Ländern? Sind diese mit dem europäischen Sozialstaat vergleichbar oder gibt es Sonderwege?

power systems of all CIS and Baltic countries, with no exceptions“ („The Noyan Tapan Highlights“ N42, October, 2003).

⁷ Das Konzept der USA für ein „Großes Nahost“ soll auf der Grundlage von Demokratisierung im Irak einen umfassenden Reformprozess in der gesamten Nahostregion einleiten. Siehe auch: President Bush Discusses Importance of Democracy in Middle East. Remarks by the President on Winston Churchill and the War on Terror; Library of Congress, Washington, D.C. February 4, 2004. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/02/20040204-4.html>

In gewisser Weise stellt der Südkaukasus für die Machtansprüche der Europäischen Union und ihre weltpolitische Rolle eine Art Prüfstein dar. In einer Phase, wo die alternativen Konzepte von Zivil- bzw. Militärmacht diskutiert werden, treten die Stärken und Schwächen der beiden Konzepte für das krisenreiche Grenzgebiet Europas besonders hervor. Die Prioritäten und Hauptziele der europäischen Südkaukasuspolitik sind zwar in mehreren Verträgen und Strategiepapieren⁸ dargelegt worden, das Fehlen einer ausformulierten Konzeption hindert die EU jedoch daran, ihre machtpolitische Position effektiv aufzubauen. Zugleich verfügt die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union im Südkaukasus „über einen wichtigen Freiheitsgrad, wobei nationale Interessen der EU-Mitgliedsländer nicht im Widerspruch zueinander stehen, so dass keine ausgesprochenen Rücksichtnahmen auf einzelne Länder den Handlungsspielraum einer europäischen Politik einengen“ (Halbach/ Müller 2001: 2).

Wichtig sind nicht zuletzt die Gesellschaftspolitik in Armenien, Aserbaidschan und Georgien und die Frage, ob die nationale bzw. regionale Identität nicht im Widerspruch zur europäischen Identität steht. Die Wahrnehmung von nationalen Interessen und des europäischen Einigungsprozesses, der Wertewandel in den südkaukasischen Gesellschaften sowie die kulturellen Aspekte und eine Europäisierung der Gesellschaftspolitik sind maßgebliche Dimensionen für die Erörterung der Integrationsfähigkeit der südkaukasischen Länder.

Die Fragestellung beinhaltet vier Bereiche, die für eine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen den Entwicklungen in Westeuropa und im Südkaukasus relevant sind. Hierbei handelt es sich (1) um die regionale Konfiguration des Südkaukasus; (2) um die konkurrierenden hegemonialen Projekte externer Akteure; (3) um die Einbindung des Südkaukasus in den europäischen Integrationsprozess und (4) um die Implikationen der europäischen Integration für den Südkaukasus und die Integrationsoptionen dieser Region.

⁸ EU-Strategiepapiere für Armenien, Aserbaidschan und Georgien: http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/rsp/progs.htm

2. Die regionale Konfiguration des Südkaukasus

Der Südkaukasus – bestehend aus den Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien – nimmt geographisch die Position einer Drehscheibe zwischen Europa, Zentralasien und dem Nahen Osten ein. In der Anfangsperiode der Staatsgründung waren die Beziehungen zwischen den Ländern der Region durch die ausgebrochenen Konflikte in Berg-Karabach,⁹ Abchasien¹⁰ und Südossetien¹¹ belastet. Dabei befanden sich Armenien, Aserbaidschan und Georgien auf der Suche nach Verbündeten und internationalen Kooperationsstrukturen, die ernsthafte Sicherheitsgarantien für diese Staaten gewährleisten konnten. Nationale Interessen und die entsprechenden außenpolitischen Prioritäten mussten demzufolge neu definiert werden.

Die Region ist durch das Schwarze Meer mit den zukünftigen EU-Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien verbunden. Eine erweiterte Europäische Union wird sich zweifelsohne mit mehreren Herausforderungen in dieser Nachbarregion auseinandersetzen müssen. Wegen der komplexen ethnischen Zusammensetzung und der Vielfalt von politischen Akteuren der Region, lässt sich in Europa, und so auch in den Institutionen der Eu-

⁹ Berg-Karabach (ein Teil von Arzach - der alten Provinz des historischen Armenien) wurde durch die Kommunisten in den ersten Sowjetisierungsjahren als armenisches Autonomiegebiet (administrativ-territoriale Einheit in der ehemaligen Sowjetunion) der neu gebildeten Republik Aserbaidschan zugesprochen. Nach dem Zerfall der UdSSR bzw. nach dem Austritt Aserbaidschans der UdSSR hat Berg-Karabach, entsprechend der Gesetzgebung der UdSSR, seinen Austritt aus Aserbaidschan erklärt und die Republik Berg-Karabach ausgerufen. Dies erfolgte in Übereinstimmung mit dem Verfassungsrecht der früheren UdSSR. Danach wurde diese Entscheidung durch ein Referendum bekräftigt, das unter Einhaltung aller allgemein üblichen Normen des internationalen Rechts und im Beisein ausländischer Beobachter durchgeführt wurde (Luchterhand 1993). Aserbaidschan dagegen ignorierte als es seine Unabhängigkeit und den Austritt aus der UdSSR erklärte die entsprechende Gesetzgebung. Hierdurch wurde der Republik Berg-Karabach Anfang der 90er Jahre ein Krieg aufgezwungen, der 1994 mit einem Waffenstillstand endete. Zur friedlichen Lösung des genannten Problems ist im Rahmen der OSZE die Minsker Gruppe (mit Vorsitz von Frankreich, Russland und den USA) gebildet worden.

¹⁰ 1990 trat das abchasische Autonomiegebiet (administrativ-territoriale Einheit in der ehemaligen Sowjetunion) aus Georgiens aus, und erklärte sich zu einer souveränen Republik. Diese Entscheidung führte zu Kriegshandlungen. 1993 wurde das Abkommen über den Waffenstillstand sowie die Resolution über die UNO-Beobachtermission in Georgien unterzeichnet. 1994 wurde in Moskau die „Deklaration über Maßnahmen zur Lösung des georgisch-abchasischen Konflikts“ unterzeichnet. Im selben Jahr wurden in Abchasien russische Friedenstruppen stationiert (Cheterian 2003).

¹¹ Zwischen 1990 und 1992 änderte das Süd-Ossetische Autonomiegebiet (administrativ-territoriale Einheit in der ehemaligen Sowjetunion) zweimal seinen Status. Die militärischen Auseinandersetzungen endeten mit einem multilateralen Abkommen (Russland, Georgien, Nord- und Süd-Ossetien), in dem die Prinzipien zur Regelung des Konfliktes vereinbart wurden. In Süd-Ossetien wurden gemischte russisch-georgisch-ossetische Friedenstruppen stationiert. Ende 1992 wurde das Memorandum über die Grenzen der Republik Süd-Ossetien unterzeichnet. Anfang 1997 wurden weitgreifende Verhandlungen zwischen Georgien und Süd-Ossetien eingeleitet. 2002 wurden die multilateralen Verhandlungen fortgesetzt. Seit Anfang 2004 jedoch versuchte die neue georgische Regierung erneut die Kontrolle über Süd-Ossetien zu erlangen. Diese Versuche führten zu einer neuen Eskalation des Konflikts, da die Mehrheit der süd-ossetischen Bevölkerung inzwischen eine russische Staatsangehörigkeit erworben hat.

ropäischen Union, eine kritische Diskussion über alternative Konzeptionen zur Gestaltung einer europäischen Südkaukasuspolitik beobachten. Hierbei werden immer wieder folgende Fragen gestellt: Kann eine Anbindung der südkaukasischen Region an den europäischen Integrationsrahmen für die Europäische Union Vorteile bringen? Wie lässt sich die doppelte Transformation parallel zur Europäisierung dieser Länder durchsetzen? Welchen Gesetzmäßigkeiten ist diese Entwicklung angesichts der Expansion des europäischen Marktes und den hinauf bezogenen Interessen des europäischen bzw. transnationalen Kapitals unterlegen?

In dem oben genannten Diskurs, an dem sich Verfechter der Idee eines „Stabilitätspaktes für den Südkaukasus“ Emerson (2000), amerikanische Neokonservative mit der Initiative „The New American Century“ (Asmus/Jackson 2004) und auch russische Analytiker beteiligen, reflektiert sich nicht zuletzt das Interesse, die Europäisierungsansätze aus geopolitischer Sicht bestimmten erwünschten Szenarien unterzuordnen.

Im Vergleich zu der amerikanischen Europäisierungsoption, die eine baldige Mitgliedschaft der Länder in der NATO und den europäischen Strukturen in Aussicht stellt, beinhaltet die EU-Alternative eine starke zivilgesellschaftliche Komponente und stellt einen langwierigen Prozess der Anpassung an grundlegende Charakteristiken (sozialstaatliche Dimension, Fähigkeit die Organisationsformen der Europäischen Gemeinschaft zu übernehmen, wirtschaftspolitische Kriterien, Gewaltanwendung usw.) der europäischen Gesellschaften in Aussicht. Die geopolitische Dimension nimmt in diesem Fall eine zweitrangige Position ein. Maßgeblich ist ab einem bestimmten Entwicklungsstadium neben der Frage der geopolitischen Orientierung, ein Integrationsmechanismus (Woskanjan 2003: 5), der die Länder mit ähnlichen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen einander näher bringen soll.

2.1. Regionale Identität im historischen Kontext

Obwohl man oft von einer kaukasischen Identität spricht, weist die Region kein einheitliches Bild auf. Neben den christlichen Georgiern und Armeniern, deren staatliche Traditionen bis in die Antike zurückreichen, ist der Südkaukasus von zahlreichen Völkern sowohl türkischer, so z.B. den Aserbaidshanern, als auch kaukasischer Herkunft besiedelt. Damit erscheint die Region als Nahtstelle zwischen der christlichen und der islamis-

chen Welt. Sie hat somit eine zusätzliche Funktion für Europa, die sich – über geopolitische Erwägungen hinaus – auf den Dialog zwischen den Kulturen erstreckt. In der Diskussion über die Zugehörigkeit des Südkaukasus zu Europa taucht oft eine Argumentation auf, wonach die Europäer in großen Teilen der anthropologischen und herkunftsgeschichtlichen Fachliteratur als „kaukasisch“ bezeichnet werden. Es handelt sich hier um einen umstrittenen Begriff, der erstmals von dem deutschen Anthropologen Johann Friedrich Blumenbach (1752-1840) verwendet wurde, und der für so genannte Europiden "charakteristische Merkmale" als „kaukasisch“ definierte.¹²

Die staatlichen Traditionen in Armenien und Georgien reichen bis zum Beginn des ersten Jahrtausends v. Chr. zurück (Bauer 1979). Unabhängig von der Tatsache, dass die Armenier zum indogermanischen und die Georgier zum kaukasischen Kulturkreis gehören, waren die beiden Völker im Laufe einer langen historischen Zeitperiode gemeinsam dem Einfluss zahlreicher Fremdherrschaften¹³ ausgesetzt. Sie gingen dabei mehrfach politische und militärische Bündnisse zur Bewahrung der eigenen souveränen bzw. autonomen staatlichen Strukturen ein. Trotz der aufeinander folgenden Perioden der Eigenstaatlichkeit und Fremdherrschaft weisen die staatlichen Traditionen in Armenien und Georgien eine gewisse Standhaftigkeit und Kontinuität auf. Nach dem Verlust der Unabhängigkeit förderte vor allem die Kirche¹⁴ die staatliche Idee und ermöglichte das Überleben und die Bewahrung einer eigenständigen Identität bis zum 20. Jahrhundert (Krikorian 1978). Der erste unabhängige aserbaidische Staat entstand im Jahre 1918, als nach dem Rückzug der russischen Truppen Armenien, Aserbaidjan und Georgien ihre Souveränität erklärten.

In der frühen Phase der kapitalistischen Entwicklung war das deutsche, französische, englische und griechische Kapital im Südkaukasus – vor allem im Bergbau – stark präsent. Während Armenien und die Hauptstadt Jerewan im Mittelpunkt des russisch-türkischen Einflusskampfes standen, profitierten Tiflis (Tbilisi) und Baku von einer enor-

¹² Als charakteristische physische Merkmale werden in dieser Debatte die helle Hautfarbe verbunden mit vorwiegend dunklem Haar und dunklen Augen genannt, die sich historisch vermutlich erstmals im Kaukasus (Armenisches Hochland) oder in den benachbarten Gebieten beobachten lassen. (Arutjunow 1997).

¹³ 4.-6. Jh. n. Chr. (385-591) fielen Armenien und Georgien unter die Herrschaft von Byzanz und Persien, wobei sie im persischen Teil eine relative Unabhängigkeit (Satrapiae, Fürstentümer) beibehalten konnten. Vom 7. (seit 640) bis zum 10. Jh. herrschten Araber in Transkaukasien. Im 11. Jh. Wurden diese Gebiete von Türk-Seldschuken geplündert. Dem folgte eine erneute persische Herrschaft im 17.-18. Jh. Anfang des 19. Jh.s wurden diese Länder im Anschluss an den Russisch-Persischen Krieg von 1828 zwischen Russland und Persien geteilt, Ende des 19. Jh.s - zwischen Russland und der Türkei (Russisch-Türkischer Krieg von 1878) (Bock 1988: 31-42; 213-216; 233-243.).

men Industrialisierung und entwickelten sich zu wichtigen Ballungszentren. Die armenische Bourgeoisie engagierte sich demzufolge vor allem außerhalb Ostarmeniens, in den Handels- und Industriezentren des Südkaukasus, d.h. in Tiflis, Baku und Batumi. Laut Statistik handelte es sich am Ende des 19. Jahrhunderts bei 62 Prozent der Handels- und Industrieunternehmen von Tiflis um armenisches Kapital, das auch für 66 Prozent des Umsatzes des Bankensektors verantwortlich war. In der Ölindustrie von Baku dominierte es seit ihrer Gründung ebenfalls. Im Jahre 1879 gehörten ihm 155 der insgesamt 295 Ölbohrungen von Baku. Somit waren Anfang des 20. Jahrhunderts die drei Länder des Südkaukasus wirtschaftlich deutlich mit einander verflochten.

Auch politisch hatten die drei Staaten des Südkaukasus ihre gegenseitigen Beziehungen in einem einheitlichen Vertragsrahmen gestaltet. Vor der Unabhängigkeitserklärung¹⁵ im Jahre 1918 existierte ein südkaukasischer Seim (Regierungsrat), und in den ersten Jahren nach der Gründung der Sowjetunion bildeten die drei Republiken eine gemeinsame Konföderation.

2.2. Gesellschaftspolitische Entwicklung

Armenien blieb der einzige Nachfolgerstaat der Sowjetunion, in dem die ehemalige KP-Nomenklatur nicht wieder zur Macht zurückkehren konnte. Nach der Unabhängigkeitserklärung war die politische Elite des Landes durch die 1988 entstandene Karabach-Bewegung geprägt (Luchterhand 1998). Diese anfangs durch ökologische Protestaktionen¹⁶ initiierte politische Strömung von Intellektuellen transformierte sich jedoch bald in eine – für die Perestrojka-Zeit präzedenzlose – demokratische Bewegung mit der Forderung nach der Wiedervereinigung von Armenien und Berg-Karabach. Zusammen mit den nachfolgenden Massenprotesten in den baltischen Staaten und in Georgien trug sie zudem zum Zusammenbruch des Sowjetreichs bei. „In Georgien und Armenien berief man sich auf demokratische Elemente in der eigenen Geschichte, besonders auf die kurze Periode staatlicher Unabhängigkeit zwischen 1918 und 1921, in der unter äußerst schwierigen Kriegs- und Nachkriegsbedingungen demokratische Strukturen aufgebaut

¹⁴ Das Christentum wurde im 4. Jh. n. Chr. als staatliche Religion in Armenien (301) und in Georgien (337) angenommen.

¹⁵ Die Unabhängigkeit der ersten armenischen, georgischen und aserbajdschanischen Republiken dauerte nur zwei Jahre und wurde 1920 durch den Einmarsch der russischen Kommunisten unterbrochen.

worden waren. Auch Präsident Alijew beruft sich auf den 'demokratischen aserbaidischen Nationalstaat' dieser Periode, obwohl sein eigener politischer Werdegang und seine Machtausübung als Präsident für eine ganz andere Tradition stehen. Georgien und Armenien gehörten auch zu den Sowjetrepubliken, in denen sich in der Breschnew-Ära Ansätze von Demokratie- und Bürgerrechtsbewegungen herausgebildet hatten". (Halbach 1999)

Diese beiden Gesellschaften zeichnen sich durch bestimmte Ähnlichkeiten, aber auch durch Unterschiede aus. Ähnlich ist vor allem der Charakter der Macht in diesen Ländern. Wie bei fast allen postsowjetischen Gesellschaften erweist sich die Macht in Georgien und Armenien als eine Art gesellschaftliches Abkommen zwischen Gruppierungen innerhalb der Eliten. Wegen der Armut und fehlender demokratischer Traditionen, bilden die politischen und wirtschaftlichen Eliten – zum Teil in Kooperation mit gesetzwidrigen Vereinigungen – ein System, in dem unterschiedliche Gruppierungen miteinander konkurrieren. Im Zeichen des ständigen Kampfes zwischen diesen Gruppierungen treten die offiziellen politischen Institutionen und Verfahren oft in den Hintergrund (Iskandarian 2004). Von daher waren die gesellschaftspolitischen Veränderungen der letzten Jahre ein Durchbruch. Die politische Erneuerung und Demokratisierung orientierte sich immer stärker an europäischen Standards. Sowohl die „Rosenrevolution“ in Georgien, als auch die evolutionären Reformen in Armenien sind durch eine zivilgesellschaftliche Perspektive und die Behauptung europäischer Identität bestimmt. Die Alternative einer europäisch geprägten Zivilgesellschaft löst allmählich die semi-demokratischen Führungsgewohnheiten in diesen Ländern ab. Damit eröffnet sich die Chance, dass das erfolgreiche Transformationsmodell der baltischen Staaten auch in der südöstlichen Region Anwendung findet.

Bei den Neuwahlen in Georgien konnte das Bündnis „Nationale Bewegung-Demokraten“ von Saakaschwili und Schwania eine klare Mehrheit (67,02 Prozent) im Parlament gewinnen.¹⁷ Der erwartete Sieg ermöglichte der neuen Exekutive, mit einer starken Legitimation und absoluten Mehrheit im Parlament die notwendigen Reformen im

¹⁶ Unter den Forderungen der ökologischen Gruppen waren die Schließung des Kernkraftwerks in Metsamor sowie der Chemieunternehmen „Nairit“, „Chim-Reaktive“ usw.

¹⁷ Nur eine einzige weitere Kraft - das Bündnis „Industrielle - Neue Rechte“ - vermochte bei den Neuwahlen im April 2004 die Sieben-Prozent-Hürde zu überwinden (7,62 Prozent) und besetzt 20 von 235 Sitzen im Parlament. Die großen Wahlverlierer waren die „Demokratische Wiedergeburt Georgiens“ von Aslan Abaschidse (6,2 Prozent) und die Labourpartei (5,8 Prozent). Die OSZE bewertete diese Entwicklung als einen weiteren Fortschritt auf dem Weg zur Demokratisierung. Sie äußerte sich dabei zu einigen Mängeln, die den Europäern Anlass zur Sorge geben, insbesondere darüber, dass Georgien fast ein Einparteienparlament hat.

Land in Gang zu bringen. Die politische Kraft von „jungen Reformern“, die Saakaschwili und Schwania vertreten, ist durch die Spaltung der früheren Regierungspartei „Bürgerunion Georgiens“ von Schewardnadse entstanden und setzt auf eine radikale Reformierung von Verwaltungsformen, die Liberalisierung der Wirtschaft, sowie auf die Schaffung eines Rechtsstaates und die Wiederherstellung territorialer Integrität. Schewardnadse wurde vorgeworfen, um des eigenen Machterhalts willen auf fragwürdige politische Kräfte und korrupte Seilschaften zu setzen, statt den Weg für eine reformorientierte jüngere Generation freizumachen (Halbach 2003: 7). Die neue georgische Regierung, in der die Mehrheit der Mitglieder einen westlichen Studienabschluss haben und nicht älter als 40 Jahre sind, soll die Wende in der Gesellschaftspolitik des Landes schaffen. Die so genannte „Rosenrevolution“ ist nicht zuletzt durch die Unterstützung des amerikanischen Multimilliardärs George Soros zustande gekommen, dessen „Open Society Institute“ zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und einen Fernsehsender gefördert hat. Außerdem hat der US-Botschafter in Georgien, Richard Miles, bereits zwei Machtwechsel in Jugoslawien und in Bulgarien erfolgreich mitgestaltet. Nicht umsonst spricht man daher von einer amerikanischen Spur beim friedlichen Machtwechsel in Georgien. Eine wichtige Ursache dafür könnte darin liegen, dass Schewardnadse die Rolle Georgiens als Korridor für Energieträger nicht zufriedenstellend gesichert hat.

Die armenische Opposition versuchte ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen¹⁸ den georgischen Weg nachzuahmen und vorzeitig eine Volksabstimmung zur Abwahl von Präsident Kotscharian zu erreichen. Diese Versuche schlugen aber aufgrund der schwachen Unterstützung in der Bevölkerung fehl. Außerdem hat die in Armenien regierende Koalition aus drei Parteien (Republikanische Partei, „Land des Gesetzes“ und „Daschnakzutjun“) dem Präsidenten ihre Unterstützung zugesichert. Die Gründe für diese Entwicklung liegen in der außergewöhnlichen Spaltung der armenischen Gesellschaft

¹⁸ „Das waren die ersten Wahlen in der Region, bei denen der amtierende Präsident nicht gleich im ersten Durchgang gesiegt hat. Es waren insgesamt neun Kandidaten, jedoch nur drei waren fähig, die Fünf-Prozent-Hürde zu überschreiten. Das sind: Präsident Robert Kotscharjan, Vorsitzender der Volkspartei Stepan Demirtschjan und der Chef der „Nationalen Einheitspartei“ Artasches Geghamjan. Diese drei symbolisierten die drei Elektoral-Verhaltensweisen der Bürger Armeniens: Abstimmung „für Stabilität“, „nostalgische“ Abstimmung und Abstimmung aus Protest. Bereits zum ersten Wahldurchgang wurde Stepan Demirtschjan in der Tat zum einheitlichen Oppositionskandidaten. Zur zweiten Wahlrunde vereinigte sich fast die ganze Opposition um Demirtschjan und zog den größten Teil des Elektorats von Geghamjan zu sich (17,6 Prozent im ersten Durchgang). Die Kundgebungsaktivität stieg an. Die Opposition weigerte sich, die Ergebnisse der ersten Wahlrunde anzuerkennen, indem sie erklärte, daß Demirtschjan, der offiziell 28,2 Prozent bekam, in ihr schon gesiegt habe. In der Stichwahl gewann Kotscharjan mit einem doppelten Vorsprung der Stimmen (67,5 Prozent gegen 32,5 Prozent). Zum ersten Mal in der Geschichte der postsowjetischen Länder hat ein Fernsehduell zwischen den 2 Kandidaten stattgefunden.“ (Iskandarian 2003)

während der Präsidentschaftswahlen im Februar 2003 und der Herausbildung von zwei sich gegenüberstehenden Lagern. Nach den monatelang andauernden Demonstrationen und der Konfrontation zwischen den Regierungsparteien und dem Oppositionsbündnis „Gerechtigkeit“ hat sich der Streit in die Frühlingssitzung des Europarates übertragen, in der die armenischen Abgeordneten aus den Oppositions- und Regierungsparteien für eine vorteilhafte Resolution kämpften. Eine ausgeglichene Formulierung des Europarates führte zur relativen Ruhe im innenpolitischen Leben Armeniens. Die Bekämpfung von Korruption und die starke Polarisierung der Gesellschaft, sowie die ungleiche Verteilung der Früchte des Wirtschaftswachstums prägen seitdem die Verhandlungsagenda zwischen der Regierung und der Opposition.

Das politische System in Aserbaidschan unterscheidet sich prinzipiell vom armenischen und georgischen Modell und hat mehr Ähnlichkeiten mit dem zentralasiatischen Entwicklungsweg. Nach den Misserfolgen der ersten zwei Präsidenten von Aserbaidschan kam 1993 der ehemalige KP-Chef, KGB-General Hejdar Alijew zur Macht, der eine Art semidemokratisches System mit autokratischen Zügen errichtete. Die Partei „Neues Aserbaidschan“ agiert inzwischen als eine Art unersetzbare „Partei der Macht“, die sich überwiegend auf den Clan des Präsidenten und die Nomenklatur stützt. Die oppositionellen Parteien sind zwar im Parlament präsent, üben aber nur einen begrenzten Einfluss aus. Mit einer Verfassungsänderung im Jahre 2002 wurde eine Übergabe des Präsidentenamtes von dem schwerkranken Alijew an seinen Sohn möglich. Der Alijew-Clan hat seither seine Kontrolle über die Erdöl- und Erdgasverträge innerhalb der internationalen Konsortien gesichert und damit eine materielle Basis für die Fortsetzung der eigenen Herrschaft geschaffen.¹⁹ Die Zivilgesellschaft und Opposition im Land sind zu schwach und gesellschaftlich kaum verankert um tragfähige politische Alternativen bieten zu können (Halbach 2003). Somit steht Aserbaidschan mit den grundlegenden demokratischen Indikatoren und dem Freiheitsgrad der Wirtschaft deutlich hinter Armenien und Georgien zurück (Aslund 2002). Diese Tatsache trübt die Vision einiger Teile der aserbaidshanischen Gesellschaft, die bestrebt sind die Perspektive einer europäisch geprägten Zivilgesellschaft zu entwickeln.

¹⁹ „Beobachter wie der für Aserbaidschan zuständige Berichterstatter des Europarats, der Schweizer Nationalrat Andreas Gross, wiesen auf gravierende politische und sozialökonomische Integrationsschwächen dieses Landes hin, zum Beispiel darauf, wie unzureichend Politik in der Gesellschaft verankert ist. Die Bevölkerung wird von der Regierung an Politik überhaupt nicht beteiligt und wirkt weitgehend apathisch und frustriert – ungeachtet der politischen Aufwallungen im Umfeld der letzten Präsidentschaftswahlen.“ (Halbach 2003)

2.3. Neoliberale Wirtschaftspolitik und nationale Wirtschaftsstrategien

Die wirtschaftliche Transformation in der ersten Unabhängigkeitsdekade war durch einen enormen Reformdruck und das Diktat wirtschaftspolitischer Forderungen des IWF und der Weltbank gekennzeichnet. Die obersten Ziele der Kreditvergabe bestanden in der Privatisierung der Industriebetriebe und der Liberalisierung des Wirtschaftssystems. Ähnlich wie in Osteuropa übernahm ausländisches Kapital die strategischen Sektoren (Telekommunikationen, Energie usw.) und lukrativen „Diamanten“ (Holman 2001) in den südkaukasischen Ländern, während die Herausbildung des nationalen Kapitals sich noch in der Keimphase befand. Unter dem Druck Investitionen ins Land zu ziehen, sollten die Regierungen Zugeständnisse in Form von Steuerbegünstigungen bzw. Preissenkungen der zu privatisierenden Betriebe machen. Dadurch wurden große Teile des nationalen Eigentums mit einem niedrigeren Wert privatisiert. Nach den Kriterien des „Washingtoner Konsenses“ wurde eine marktradikale Variante des Neoliberalismus importiert (Bohle 2002), die die Gesellschaften sozial massiv belastete und zur Verarmung von 50 Prozent der Bevölkerung führte.

Die neoliberale Umstrukturierung wurde überwiegend ohne Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten und ohne eine langfristige wirtschaftspolitische Strategie durchgesetzt. Georgien übernahm beispielsweise das vom IWF empfohlene Steuerrecht, das sich anschließend als nicht funktionsfähig erwies und erst nach der „Rosenrevolution“ geändert werden durfte. Die wegen Korruption und Vetternwirtschaft fehlgeschlagene Wirtschaftspolitik führte das Land zur Zahlungsunfähigkeit und zum Abbruch von Verhandlungen mit dem IWF.²⁰ Die Marktliberalisierung schritt in den Ländern des Südkaukasus jedoch unterschiedlich rasch voran, was auch auf die jeweiligen wirtschaftlichen Prioritäten zurückzuführen ist. Hierbei wird zugleich erkennbar, dass Armenien, Georgien und Aserbaidschan mit ihren unterschiedlichen Regulationsmodellen²¹ in Konkurrenz zu einander stehen, um die Standortchancen im regionalen Kontext zu verbessern. Die armeni-

²⁰ In Georgien stieg 2002 die Außenverschuldung über die bedrohliche Grenze von 50 Prozent des BIP. Zur Bekämpfung von Korruption und Armut in Georgien haben zahlreiche Staaten und Organisationen (im Rahmen des Pariser Klubs) auf einer Geberkonferenz im Juni 2004 eine Milliarde Dollar zugesichert.

²¹ Für die ausländischen Investoren gelten in bestimmten Bereichen vorteilhafte Steuer- und Zollbestimmungen. Die georgische Gesetzgebung gewährt Vergünstigungen beim Transit von Energieträgern (mit Aserbaidschan 50 Prozent und mit Armenien 20 Prozent). Armenien hat ein vereinfachtes Steuerrecht mit sechs Steuerarten und einen im regionalen Vergleich liberalen Bankensektor.

sche Regierung ist am weitesten mit der Liberalisierung vorangegangen, was auf die Ressourcenknappheit und die geographische Lage des Landes zurückzuführen ist (Vertlib 1999). Infolge der Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren, haben die wichtigsten Produktionskapazitäten und die forschungsorientierten Zweige der armenischen Wirtschaft ihre Märkte verloren. Unterdessen wird Armenien als „Erfolgsgeschichte“ der wirtschaftlichen Transformation von der Weltbank bezeichnet, was zum Teil durch den verhandelten Konsens, der den strukturellen Umbau innenpolitisch abstützte, möglich wurde.²² Allerdings gehen Ergebnisse des anhaltenden Wachstums (2002 – 12 Prozent, 2003 – 13,9 Prozent) wegen der strukturellen Wirtschaftsprobleme Armeniens an den breiten Bevölkerungsschichten vorbei (Sekarev 2002).²³ In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre begann im Land das Kapital der armenischen Diaspora bemerkbar Fuß zu fassen. Die Investitionen der zwei Fraktionen der armenischen Diaspora – der traditionellen Diaspora einerseits, und der neuen Auswanderer²⁴ andererseits – konzentrierten sich sowohl auf die Modernisierung der stillgelegten (chemischen, metallurgischen und anderen) Produktionskapazitäten als auch auf Neugründungen in Kommunikations-, Technologie- und Dienstleistungssektoren. Die geo-ökonomischen Nachteile des Landes wurden hiermit gewissermaßen kompensiert. Außerdem hat das Engagement des Diasporakapitals die Infrastruktur²⁵ Armeniens im regionalen Vergleich deutlich verbessert.

In Aserbaidschan konzentrieren sich die Verhandlungen mit dem IWF vor allem auf den Finanzsektor und den Erdölpreis. Der erste ist durch wenige – politisch kontrollierbare – Banken vertreten und soll nach der Stellungnahme des IWF liberalisiert werden. Im zweiten Fall wird die Angleichung des inneren Erdölpreises an den Weltmarktpreis gefordert. Die Regierung von Aserbaidschan hat einen Erdölfonds errichtet, in dem die Gewinne aus der Realisierung der Erdölverträge gesammelt werden. Der deklarierten Wirtschaftspolitik zufolge sollen die akkumulierten Mittel in den Ausbau der Infrastruktur und in

²² Der „2005 Index of Economic Freedom“ bescheinigt Armenien innerhalb des GUS-Raums den höchsten Grad an wirtschaftlicher Freiheit. Im weltweiten Vergleich erreicht Armenien den 42. Rang.

²³ „In dieser Situation nutzen einige Firmen die starke Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaftsabläufe dazu, ihr eigenes Engagement in Armenien durch Anbindung von Interessen entsprechender staatlicher Behörden abzusichern. Weil nur wenige von potentiellen Investoren sich eine solche Absicherung leisten können, erhöht sich für die gesamte Gesellschaft das Risiko, dass die dauerhaften Grundlagen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums nicht geschaffen werden. Die wichtigsten Aufgaben der armenischen Wirtschaftspolitik sind daher die glaubwürdige Verbesserung des rechtlichen und institutionellen Rahmens der Firmentätigkeit, Korruptions- und Armutsbekämpfung sowie die Reduzierung der enormen Abhängigkeit des Landes von ausländischer Finanzhilfe.“ (Sekarev 2002)

²⁴ Unter der „jungen armenischen Diaspora“ versteht man die Auswanderer, die in den Sowjetjahren bzw. nach der Wende das Land verlassen haben und vorwiegend in Russland leben.

weitere soziale Projekte fließen. Gleichzeitig befürchtet man, dass in Aserbaidschan Syndrome des als „holländische Krankheit“ bekannten Phänomens auftauchen (Stiglitz 2004).²⁶

Im Prozess der Privatisierung war die Einflussnahme der jeweiligen politischen Eliten ungewöhnlich groß. Zugleich vollzog sich in dieser Phase ein Zusammenwachsen der politischen Machthaber mit der Eigentümerschicht. Die aserbaidische Wirtschaft, die sich bis zu 90 Prozent im Energiesektor konzentriert, erhielt allmählich Konturen eines so genannten „Erdölstaates“,²⁷ in dem die Erdölindustrie im engen Kreis der politisch herrschenden Alijew-Familie blieb und die Erdölkonzerne eine weit reichende Macht über die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung bekamen. Inzwischen tritt British Petroleum mit Milliardeninvestitionen als eine Hauptstütze des aserbaidischen Staates auf.²⁸ Wobei aufgrund von mangelndem Rechtsschutz nicht selten Verletzungen der Arbeitsrechte von Erdölarbeitern registriert werden.

Im Südkaukasus unterscheiden sich die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und die entsprechenden nationalen Wirtschaftsstrategien zum Teil beträchtlich. In Aserbaidschan konzentriert sich darauf, die Erdöl- bzw. Erdgasförderung zu steigern. Georgien erwartet wirtschaftliche Gewinne, die durch die geopolitische Schlüsselposition und die Transitmöglichkeiten des Landes gewährleistet werden können, wobei nach der Wende im Jahr 2004 ein stärkeres Engagement des ausländischen Kapitals in einer zweiten Privatisierungswelle (Schwarzmeerhäfen Poti und Batumi, Verkehrsinfrastrukturen usw.) erwartet

²⁵ Der Großaktionär von Daimler-Chrysler Kirk Kirkorian spendete 200 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau von Autobahnen und kulturellen Einrichtungen.

²⁶ „Es gibt ein seltsames Phänomen, das unter Wirtschaftswissenschaftlern als 'Fluch der Ressourcen' bekannt ist. Dieser Name rührt daher, dass Länder mit umfangreichen natürlichen Ressourcen im Durchschnitt eine schlechtere Wirtschaftsleistung zeigen als Länder, die über wenige solche Ressourcen verfügen. Einer der Gründe ist die Tatsache, dass Öl und andere natürliche Ressourcen zwar möglicherweise eine Quelle des Wohlstands sind, doch schaffen sie allein keine Arbeitsplätze, und sie verdrängen unglücklicherweise häufig andere Wirtschaftszweige. Wenn etwa aufgrund von Ölvorkommen Geld ins Land strömt, führt dies häufig zu einer Aufwertung der Währung - ein als holländische Krankheit bekanntes Phänomen.“ (Stiglitz 2004)

²⁷ „In den Ländern mit schwach entwickelter Demokratie ist die Möglichkeit, über die Naturressourcen zu verfügen, in den Händen einer kleinen Gruppe – in der Regel der regierenden Elite – konzentriert. Deshalb wird in diesen Ländern, gewöhnlich, eine ernste innenpolitische Konfrontation beobachtet - zwischen denen, die über einen Zugang zu den Naturressourcen verfügen und dem anderen Teil der Bevölkerung, der mit so einem Stand der Dinge unzufrieden ist.“ (Joseph Stiglitz: „Covering Oil Wealth“ Conference, 20.11.2003, Baku)

²⁸ „Azerbaijan is known as 'BP country,' as the company wields a budget of \$15 billion to be invested off the Azeri coast over the coming years. 'If we pulled out of Baku,' a former BP spokesman once told, 'the country would collapse overnight.'“ (Lutz Kleveman: „Oil and the New 'Great Game'“, The Nation (New York), February 16, 2004)

wird.²⁹ Armenien setzt darauf, durch die Bevorzugung der nicht rohstoffabhängigen, technologieorientierten Produktion (Andonian 2004) und Transportkosten sparenden Wirtschaftszweige (Informationstechnologien, Diamantenverarbeitung usw.)³⁰ die Exporte zu steigern und die Wirtschaft mit der Hilfe des Diasporakapitals zu beleben. Die Diamantindustrie sichert viele tausende Arbeitsplätze im Land und wächst vor allem durch den Handel mit dem größten Handelspartner Belgien.³¹

2.4. Instrumente der regionalen Stabilisierung und der geopolitischen Vorherrschaft: Pipeline-Projekte und Teilnahme des transnationalen Kapitals

Der antagonistische Charakter der amerikanischen und russischen Strategien im Südkaukasus zeugt davon, dass die Unterstützung verschiedener Pipelineprojekte,³² deren Bau in manchen Fällen aus wirtschaftlicher Sicht bedenklich ist,³³ bestimmte geopolitische Aufgaben erfüllen soll. Mit dem Entstehen einer solchen Infrastruktur geht die Umorientierung der Außenpolitik der jeweiligen Länder einher.

Aserbaidschan verwirklicht gemeinsam mit Georgien und der Türkei das Milliardenprojekt der Ölpipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan. Das Projekt bildet den Kern der nationalen wirtschaftlichen Strategie und soll zur Stärkung seiner wirtschaftlichen Position in der Region beitragen (Nabijew 2004). Am Projekt sind zahlreiche transnationale Konzerne und Investoren beteiligt. Zudem bauen Armenien und Iran eine Gaspipeline, die das iranische Gas bei einer Fortsetzung der Route nach Europa leiten könnte. In diesen beiden Projekten kommen die energie- bzw. geopolitischen Interessen der Europäischen Union zum Vorschein. Die Herausbildung von Konturen einer eigenständigen europäischen Strategie im Südkaukasus ist eindeutig mit der Realisierung dieser Projekte verbunden. Im Ergebnis des geopolitischen Kampfes um Hegemonie im Südkaukasus bzw. des so genannten „Great Game“ soll das Kaspische Öl auf seinem Weg nach Westen das russische Territorium umgehen. Damit wird ein wichtiges Druckmittel der russischen Außenpolitik genom-

²⁹ Der zum neuen Wirtschaftsminister ernannte russische Oligarch georgischer Abstammung K. Bendukidse will einen radikalen Privatisierungskurs und eine wesentliche Minimierung der möglichen Eingriffe seines Ministeriums in die wirtschaftlichen Abläufe durchsetzen.

³⁰ Der IT-Bereich ist in Armenien im Laufe der letzten Jahre rapide gestiegen. Die Exporte dieser Branche für das Jahr 2003 betrug 50 Millionen Dollar.

³¹ In der Diamantenindustrie agierende Unternehmer von der armenischen Diaspora sind in Belgien ansässig und üben lobbyistische Tätigkeit in den EU-Institutionen aus.

³² Siehe: Anhang 1.

men. Laurent Ruseckas unterscheidet in dieser Interessenkonstellation zwei Fraktionen im Westen: die so genannten „Oilers“ und „Great Gamers“ (Ruseckas 1998: 5). Das Hauptziel für die erste Gruppe ist die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit, während für die Geostrategen das postsowjetische südkaukasische „Niemandland“ auch ohne den notwendigen Rohstoffgehalt strategisch wichtig ist. Lange Zeit stand die Finanzierung der BTC-Pipeline in Frage, und erst nach dem Amtseintritt von US-Präsident Bush hat das Projekt grünes Licht bekommen. Es gibt Zweifel, ob die erforschten aserbaidischen Erdölreserven für die Rentabilität der BTC-Pipeline ausreichen. (Jaffe/Amy Myers/Manning 1998) Möglicherweise könnten die neu entdeckten größeren Erdölvorkommen im kasachischen Sektor des Kaspischen Meeres – und die Errichtung einer Verbindungslinie – die Pipeline profitabel machen.

Die USA geben politische Unterstützung für die regionalen Projekte. Der Berater des State Department für Energie und Konfliktlösungen in der kaspischen Region, der Co-Vorsitzende der Minsker Gruppe der OSZE³⁴, Steven Mann, verheimlicht seine Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit im kaspischen Bereich nicht. Er erwähnte auf dem internationalen Forum „Caspian Oil and Gas“ in Baku im Mai 2004, dass die USA die Verwirklichung von Projekten zur Lieferung von aserbaidischem Gas an die europäischen Märkte sowie die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region (unter anderem zwischen Griechenland und der Türkei) unterstützen. Die Vollendung dieser energetischen Korridore werde zu einer Veränderung der politischen Konfiguration Eurasiens führen. Mann äußerte zudem die Hoffnung, dass auch Kasachstan sich der Pipeline Baku-Tbilissi-Ceyhan anschließen werde, was zu einer erfolgreichen Entwicklung des „Ost-West“-Korridors beitragen könnte.

Die geschätzten Welterdölreserven betragen ca. eine Billion Barrel. Die nachgewiesenen Erdölreserven des Kaspischen Meeres betragen ca. 17 Milliarden Barrel.³⁵ Damit wird deutlich, dass die Reserven des Kaspischen Beckens mit den Vorkommen der Golfregion kaum vergleichbar sind. Hierzu kommen auch die geologischen Schwierigkeiten bei der Erdölförderung und die Entfernung der Region von den Meerhäfen. Immerhin ge-

³³ Es gibt Befürchtungen, dass die Rentabilität der BTC-Pipeline ohne Erdöl aus den kasachischen Ölfeldern nicht gesichert werden kann.

³⁴ Die Minsker Gruppe der OSZE ist 1992 gebildet worden und erfüllt die Vermittlerrolle in den Verhandlungen zur endgültigen politischen Lösung des Konflikts um Berg-Karabach. Die drei Co-Vorsitzenden dieser Gruppe sind Frankreich, Russland und die USA.

³⁵ Aserbaidisch – 5 Milliarden Barrel, Kasachstan – 10.0, Turkmenistan – 1.5 und Usbekistan – 0.2.

hören die kaspischen Erdölfelder zu den bedeutendsten Rohstoffquellen und können aufgrund ihrer geographischen Nähe zu Europa den europäischen Markt versorgen.

Die armenische Regierung hat zehn Jahre gebraucht um die politische Zustimmung Russlands für die Erdgaspipeline Iran-Armenien zu bekommen. Die russische Seite befürchtete nicht nur, das Monopol der Gaslieferungen in den Südkaukasus zu verlieren, sondern auch, durch die Fortsetzung dieser Leitung über Georgien und die Ukraine nach Europa einen mächtigen Konkurrenten im europäischen Erdgasmarkt zu bekommen.³⁶

3. Die europäische Integration im Kontext konkurrierender hegemonialer Projekte

Der intensiverte EU-Integrationsprozess und die Osterweiterung der Europäischen Union bleiben in der Kaukasusregion nicht ohne Wirkung. Es entsteht eine komplexe geopolitische Konfrontationssituation, in der auch Russland und die USA – vor allem im Nahen Osten – ihre Interessen berührt sehen. Die traditionelle russische Außenpolitik, die sich auf das Erhalten militärischer Stützpunkte in der Region und auf die Manipulation innenpolitischer Entwicklungen in den Ländern richtete, hat sich Anfang des neuen Jahrhunderts vorwiegend in eine Strategie wirtschaftlicher Präsenz insbesondere im Energiebereich transformiert. Dadurch erhofft Russland, eine effektive Gegenstrategie zur Begrenzung US-amerikanischer Hegemonialbestrebungen zu entwickeln. Die US-Politik baut dagegen auf die Umsetzung von neuen Pipeline- und anderen Infrastrukturprojekten. Mit eingeschlossen ist dabei die Kooperation mit transnationalen Unternehmen und eine Stärkung der Rolle der NATO in der Region. Das US-amerikanische Ziel besteht vor allem darin, die südkaukasischen Staaten wirtschafts- und sicherheitspolitisch dem russischen Einfluss zu entziehen, wodurch sich das Gleichgewicht der drei externen Akteure insgesamt zugunsten der USA verändern würde. Dieser Kampf um Einfluss und Hegemonie deutet auch auf eine stärkere Konkurrenz der entsprechenden westeuropäischen, russischen und US-amerikanischen Marktakteure hin. Wie sieht dabei die Strategie der Europäischen Union aus und wodurch unterscheidet sie sich von den amerikanischen und russischen Alternativen?

³⁶ Der Iran besitzt die drittgrößten Erdgasreserven der Welt.

3.1. Die europäische Alternative zur US-amerikanischen Geostrategie und zum Konzept des „Liberalen Imperiums“ Russland

Sicherlich wäre es verfrüht davon auszugehen, dass sich in der EU bereits ein gemeinsames Interesse herausgebildet hat, das europäische Hegemonialprojekt (Bieling/ Steinhilber 2000) in Richtung Südkaukasus zu erweitern. Die wirtschaftliche Basis der Region ist im Vergleich zu den osteuropäischen Ländern deutlich schwächer entwickelt und stellt einen relativ kleinen Markt dar. Allerdings ruft das Engagement des transnationalen Kapitals in milliardenschweren Erdöl- bzw. Erdgasprojekten im Südkaukasus und die Option eines diversifizierten Zugangs zu den wachsenden asiatischen Märkten eine Stärkung der wirtschaftsstrategischen Komponente der europäischen Außenpolitik hervor.

Im Unterschied zu der EU setzt die USA die Hebel der neoliberalen Wirtschaftspolitik durchaus sehr zweckmäßig ein, um die Interessen der Pipelinekonsortien und deren Routen zu bestimmen. Der amerikanische Staat gewährt staatliche Garantien für die Erdölkonzerne und kümmert sich um die ausreichende Teilnahme von internationalen Kreditanstalten bei der Finanzierung der jeweiligen Projekte.³⁷ Washington vermeidet mit allen Mitteln den Erdöltransport über den Iran, obwohl in diesem Fall die Transportkosten deutlich niedriger sein würden. Dagegen bemüht sich die EU darin, die Reformansätze in Iran zu unterstützen und das Land in die regionale Zusammenarbeit einzubinden, zum Beispiel durch die Teilnahme an den EU-Projekten TRACECA und INOGATE.³⁸ In bestimmter Hinsicht sind diese Projekte die europäischen Alternativen zur US-Geopolitik und sind auf die Schaffung von Abhängigkeiten der südkaukasischen Länder von Europa gezielt. Die EU verfolgt ihre außenpolitischen Ziele im Südkaukasus fast ausschließlich Mittels ökonomischen Drucks. Zu diesem Punkt schreibt Detlev Wolter (1999): „Die EU sollte verstärkt ihre Rolle als Ordnungsmacht ohne Dominanzanspruch ausbauen und ihre komparativen Vorteile gegenüber den anderen Akteuren wie geographische und kulturelle Nähe, Energie- und Infrastrukturinteressen und vertraglich begründete Partnerschaft mit

³⁷ Die kaspische Region wurde von der US-Regierung zum exklusiven Interessenraum der USA erklärt.

³⁸ „Transport Corridor Europe Caucasus Asia“: Das Programm soll die Seidenstraße als alte Handelsroute wieder beleben und den freien Warenaustausch zwischen dem europäischen und asiatischen Kontinent ermöglichen. Das Projekt ist 1993 nach der Öffnung der Grenzen in Osteuropa von der Europäischen Union und acht Unterzeichnerstaaten ins Leben gerufen worden. TRACECA-Mitgliedsstaaten sind: Armenien, Aserbeidschan, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldavien, Rumänien, Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan. Im Jahre 2003 testete der

regionalem politischen Dialog voll zum Tragen bringen.“ Gleichzeitig ist die EU gegen ein Konzept, das Russland ausgrenzt. Ein multiples Pipelinesystem wird nur dann stabilisiert, wenn es kein Land von vornherein als Partner beim Transit ausgeschlossen und gleichzeitig eine völlige Abhängigkeit der Erzeuger von einem einzigen Transitland vermeiden wird (von Ploetz in: Bergedorfer Gesprächskreis 1998: 10). Dabei stellt die russische Option des „Liberalen Imperiums“ die Übernahme seitens der Energieunternehmen wie „Gasprom“ oder „RAO UES“ der entsprechenden Infrastrukturen in den südkaukasischen Staaten in Aussicht. Dadurch würde Moskau stets über Instrumente des wirtschaftlichen Drucks in der Region verfügen. Der Gigant „Gasprom“ spielt bereits eine essentielle Rolle bei den Gaslieferungen in den Südkaukasus. Der russische Politologe Sergei Markov (2004) stellt dennoch die Effektivität dieser Strategie in Frage. Er argumentiert mit der Tatsache, dass auch die russischen Gaslieferungen nach Europa niemals als politische Druckmittel funktionierten und auch in Krisenzeiten nicht abgebrochen wurden. Außerdem spricht er von einer europäischen Wahl der russischen Elite, infolgedessen selbst die Entwicklung Russlands im europäischen Integrationsrahmen verläuft.

Aufgrund der Tatsache, dass die EU der wichtigste Handelspartner der drei Länder des Südkaukasus ist, sind die Letzteren bzw. ihre Wirtschaftssubjekte handelspolitisch mit den Mitgliedsstaaten der EU verbunden. Diese Verflechtung findet immer mehr ihren Ausdruck auf institutioneller Ebene und führt zur Umorientierung der nationalen wirtschaftlichen Akteure in Richtung Europa. In Georgien und Armenien gibt es bereits seit 1997 Beratungszentren (AEPLAC und GEPLAC³⁹), die den Regierungen und Parlamenten der Länder bei der Anpassung der nationalen Gesetzgebung⁴⁰ an die EU-Standards permanente Beratung gewähren. Hiermit entwickelt sich die fortlaufende Übernahme von formellen Institutionen der EU bzw. ihrer Mitgliedstaaten zum entscheidenden Orientierungsfaktor und schafft eine vorteilhafte strukturelle Basis beim Aufbau des regionalen Gewichts der EU.

Die Formulierung von strategischen Interessen der Europäischen Union befindet sich in einer Vorbereitungsphase und ihre Rolle nimmt parallel zum innereuropäischen Konsolidierungsprozess und der Verstärkung des regionalen Kooperationsansatzes im

Konzern Daimler-Chrysler die neue Seidenstraße, in dem dieser einen Hilfskonvoi durch die Route nach Afghanistan organisierte. (<http://www.traceca.org>)

³⁹ Armenian-European Policy and Legal Advice Centre; Georgian-European Policy and Legal Advice Centre.

⁴⁰ „Wir haben keine andere Wahl, als die formellen Institutionen aus der Europäischen Union zu importieren.“ (Tigran Jrbashyan, Präsident von AEPLAC, „Business Express“, Jerewan, 13.10.2004)

Südkaucasus zu. Für die Staaten im Südkaucasus stellt die Annäherung an den institutionellen bzw. vertraglichen Rahmen der EU eine wahrscheinliche vorteilhafte Option dar, zumal sich zukünftige Allianzen zwischen der EU und Russland bzw. China abzeichnen. Die USA und die EU erhöhen von Jahr zu Jahr ihre Transferzahlungen (Anhang 2) an die südkaukasischen Staaten. So wurden Armenien und Georgien unter 16 weiteren Staaten in das von der Bush-Regierung verabschiedete Programm „Millenium Challenges“ einbezogen, das die reformorientierten armen Länder unterstützen soll.⁴¹ Im Rahmen des „Wider Europe“ Programms soll die EU individuelle Jahresberichte für jedes einzelne Land erstellen und dementsprechend jeweils definierte Wirtschaftshilfe gewährleisten.

Die europäische Alternative zu den Hegemonialbestrebungen der USA und Russlands im Südkaucasus beinhaltet mehrere integrationspolitische Dimensionen: Handelsabkommen, wirtschaftliche Angleichung und auch geopolitische und sicherheitspolitische Erwägungen. Sie zeichnet sich dabei durch den bevorzugten Gebrauch von „soft power“ – Instrumenten aus. In den folgenden Abschnitten werden einige regionale Effekte der EU-Politik im Südkaucasus erläutert.

3.2. Der Europäische Pfeiler: Konsolidierung der außenpolitischen Orientierungen von Armenien, Aserbaidschan und Georgien

Die Prioritäten in der Außenpolitik von Armenien, Aserbaidschan und Georgien waren in ihrer bisherigen Entwicklung einem Konsolidierungsprozess unterworfen. In den frühen 1990ern entwickelt Armenien, konkreter dann nach 1998 – mit der Wahl des Präsidenten Kotscharjan – eine als „komplementär“⁴² bezeichnete Gleichgewichtspolitik mit Blick auf Russland, die USA und die Europäische Union. Im Unterschied hierzu waren die außenpolitischen Ziele von Georgien und Aserbaidschan durch eine Ignoranz der russischen Interessen gekennzeichnet. Durch eine starke Anbindung an den Westen, wollten sich die schwachen Staaten vor den Machtansprüchen des „großen Nachbarn“ schützen.

⁴¹ Die Verwendungszwecke dieser Mittel werden nach den Prioritäten der „Millenium Challenges Account“ selbst von den Regierungen der Länder in Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen vorgeschlagen. Nach vorläufigen Schätzungen können Armenien und Georgien im Zeitraum vom 2004 bis 2007 mit mehr als 700 Millionen US Dollar Wirtschaftshilfe rechnen.

⁴² Das Prinzip des so genannten „Komplementarismus“ in der armenischen Außenpolitik stützt sich auf die gleichzeitige Teilnahme an verschiedenen, noch nicht abgeschlossenen Integrationsrahmen mit Berücksichtigung gegenüberstehender Interessen von jedem einzelnen, wodurch sich ein einseitiger Klientelismus, aber auch eine Rolle des Alleingängers vermeiden lässt (Woskanjan 2003).

Das westliche Engagement in den beiden Ländern hat sich hauptsächlich auf die Pipelineprojekte zur Lieferung des kaspischen Erdöls nach Europa sowie den graduellen Aufbau einer US-amerikanischen militärischen Präsenz konzentriert (Fuller 1999). Armenien konnte aus sicherheitspolitischen Gründen und wegen der gespannten Beziehungen zur Türkei auf eine Kooperation mit Russland nicht verzichten, weshalb es auch die russische Präsenz in der Region förderte. Dennoch hat sich das Land über die internationale Unterstützung der Diasporastrukturen⁴³ dem Westen deutlich angenähert. Georgien und Aserbaidschan dagegen haben sich durch die Inkaufnahme territorialer Verluste von der russischen Militärpräsenz⁴⁴ befreit, sind zugleich jedoch im geo-kulturellen Raum Russlands geblieben (Hajrapetjan 2003: 47).

Mit dem Ende der von den ehemaligen KP-Chefs geführten Regierungen in Aserbaidschan und Georgien im Jahre 2003 hat sich auch eine Verschiebung in der außenpolitischen Agenda dieser beiden Länder vollzogen. Gesellschaftspolitische Veränderungen waren dafür grundlegend. In Georgien hatte die Empörung über die Misswirtschaft der Schewardnadse-Regierung eine revolutionäre Bewegung erzeugt und im Herbst 2003 einen Machtwechsel ermöglicht. Der mit einer überwältigenden Mehrheit von 75 Prozent der Stimmen gewählte georgische - ebenso westlich orientierte - Präsident Saakaschwili entschied sich jedoch aus realpolitischen Überlegungen für eine stärkere Einbeziehung der russischen Interessen in die georgische Außenpolitik und näherte sich damit der Position Armeniens an. In Aserbaidschan übergab kurz vor seinem Tod der mehr als 30 Jahre in Aserbaidschan herrschende Hejdar Alijew den Präsidentenposten an seinen Sohn.⁴⁵ Da der neue aserbaidischsche Präsident eindeutige politische Unterstützung von Moskau erhielt, gewann die russische Komponente seiner Außenpolitik an Gewicht. Weitere Ursa-

⁴³ Die erste Fluchtwelle vor den Seldschuken im 11. Jahrhundert gilt als die Geburt der armenischen Diaspora (Armenier außerhalb der Heimat). Als Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen, war Armenien ständig einer Vernichtungsgefahr ausgesetzt. Ihren Höhepunkt erreichte die Vertreibung der Armenier am Ende des 19. und Anfang des 20. Jhd. Die Überlebenden verstreuten sich in der ganzen Welt. Die größten armenischen Kolonien entstanden in den USA, in Frankreich, in den Ländern des Nahen Ostens, in Russland sowie in den Ländern Zentraleuropas. Vertrieben wurden viele Armenier auch durch die kommunistische Herrschaft. Die Machtpartei (Daschnakzutjun) der ersten Unabhängigen Republik Armenien (1918-1920) sowie andere traditionelle armenische Parteien schufen weltweit ihre politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen und üben heute in Armenien ihre Tätigkeit aus.

⁴⁴ Aus vermeintlich finanziellen Gründen verzögert Russland den Abzug von zwei Militärstützpunkten aus Georgien. Diese sind in Adscharien und im armenisch bewohnten Samzche-Dschawachetien stationiert.

⁴⁵ Möglich wurde dies dank der von ihm aufgebauten und stark konzentrierten Macht- und Finanzressourcen, sowie durch Wahlmanipulationen und Nutzung administrativer Hebel. „...Friedliche Kundgebungen wurden in Aserbaidschan von Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen. Der Verlauf der Wahl hat eine große Enttäuschung bei den Menschen im Land ausgelöst. Vor allem, weil die EU auf starke Kritik verzichtet habe.“ (Leila Alieva, Zentrum für Nationale und Internationale Studien in Baku, Deutsche Welle, 24. 11. 2003)

chen auch für eine gesellschaftspolitische Umorientierung waren seine schwache Legitimation und die Enttäuschung in den oppositionellen Kreisen über die Haltung des Westens bei der Beurteilung von Wahlfälschungen. Das Prinzip des „Komplementarismus“ in der armenischen Außenpolitik wurde insbesondere nach den Ereignissen des 11. September 2001 als erfolgreich bezeichnet. Nachdem die USA mit Russland ein strategisches Bündnis gegen den Terrorismus eingegangen sind, erfüllt Armenien die Brückenfunktion für amerikanische und russische Interessen im Südkaukasus. Es hat also eine Konsolidierung der außenpolitischen Ziele von Armenien, Aserbaidschan und Georgien stattgefunden. Demzufolge rückte das Streben nach einer institutionellen Untermauerung der labilen regionalen Positionen der südkaukasischen Staaten in den Vordergrund. Durch die Mitgliedschaft im Europarat und die Aufnahme in das Konzept des „Wider Europe“ erhielt dieser Prozess dabei eine europäische Ausrichtung (Emerson 2004).

Somit kann eine Verstärkung des europäischen Pfeilers in der Außenpolitik der südkaukasischen Staaten als eine Art Flucht vor den russisch-amerikanischen Gegensätzen und als eine Orientierung auf die EU – den relativ neutralen und ausgeglichenen geopolitischen Akteur – charakterisiert werden. Von der EU kann man gleichzeitig ökonomische Kooperationsvorteile und eine ausgeglichene Politik gegenüber Armenien, Aserbaidschan und Georgien erwarten⁴⁶.

Der Trend erlaubt den Staaten, die außenpolitischen Gegensätze zu minimieren. Sie sind nicht mehr dazu gezwungen, sich für eine Partei zu entscheiden, sondern können gleichzeitig an mehreren Integrationsprozessen teilnehmen. Diese Option ermöglicht ein stärkeres Engagement in Fragen der regionalen Integration und deren Institutionalisierung. Der europäische Pfeiler kann dabei gestärkt und der Integrationsrahmen zwischen Europa und dem Südkaukasus den regionalen Vorgaben entsprechend neu definiert werden.

⁴⁶ „Die von den EU-Aspirationen der Türkei angestoßene Diskussion darüber, wo die (politischen) Grenzen Europas enden, wird folglich um eine transkaukasische Komponente erweitert. Wenn es einen Refrain gibt, in den die politisch Bestimmenden in Baku, Tiflis, Eriwan und selbst in Stepanakert, der Hauptstadt Nagornyj Karabachs, gemeinsam einstimmen – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität –, dann geht er ungefähr so: Wir wollen Teil der europäisch-atlantischen Strukturen werden“ („Europäisch Nachfragen: Die Länder des Transkaukasiens streben in die euro-amerikanischen Strukturen“, Klaus-Dieter Frankenberger, FAZ, 13. November 2004, Seite 8).

3.3. Regionalen Akteure in der Konkurrenz hegemonialer Initiativen

Die nationalen Marktakteure, die zum Teil selbst vom ausländischen Kapital kontrolliert werden agieren in diesem Umfeld externer hegemonialer Bestrebungen. In den Ländern des Südkaukasus haben sich während der postsowjetischen Kapitalakkumulation oligarchische Strukturen herausgebildet, die unterschiedlich organisiert und ausgerichtet sind (Petrosyan 2000). Während diese Schicht in Aserbaidschan überwiegend aus den Mitgliedern des herrschenden Clans (Alijew-Familie) und deren nächster Umgebung besteht und in der Erdölindustrie konzentriert ist, basiert die georgische Oligarchie vor allem auf einer Transitwirtschaft, die sich in starker Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung befindet. Die oligarchischen Strukturen in Georgien waren ursprünglich stark durch die mit einem extremen Ausmaß von Korruption und Schattenwirtschaft gekennzeichnete Dekade der Schewardnadse-Regierung geprägt. Die armenischen Oligarchen wurden anfangs auch durch wenige politisch unterstützte Finanzgruppen dominiert. Sie haben sich aber inzwischen hauptsächlich infolge der wirtschaftlichen Transformation und Heterogenität des Diasporakapitals den Regeln der Marktkonkurrenz angepasst.

Eine gewöhnliche Form der Vertretung von Wirtschaftsinteressen war die Kandidatur der Oligarchen bei den Parlamentswahlen. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2003 in Armenien bekamen die Großunternehmer fast die Hälfte der Abgeordnetensitze. Eine generelle Entwicklung in den südkaukasischen Staaten ist der Übergang von Interessenvertretung der auf die ethnischen, regionalen und sogar politischen Gemeinsamkeiten gestützten sozialen Kräfte zur Konsolidierung im Bereich finanzieller Interessen. Unter diesen Finanzgruppen bilden sich Interessenkonflikte zwischen den exportorientierten und importorientierten Fraktionen. Im Parlament sind bereits die Alkohol-, Tabak- und Banklobbyisten stark vertreten. Die importierenden Unternehmer haben ihre Positionen in der Nationalversammlung deutlich gestärkt. Unter den ins Parlament gewählten Geschäftsleuten befinden sich die größten Lieferanten von Benzin, Zigaretten, Weizen, Kaffee, Pflanzenöl, Spirituosen. Die Letzteren versuchen ein günstiges Steuerregime für Importeure zu schaffen. Dagegen sind viele einheimische Produzenten besorgt wegen der Tatsache, dass die Importeure ihre Positionen im neuen Parlament wesentlich gestärkt haben. Bemerkenswert ist, dass die Unternehmer nicht nur nach Direktmandaten, sondern auch nach Parteilisten gewählt wurden (Iskandarian 2003). Allein die Republikaner verlie-

hen den Vertretern der Geschäftswelt sieben Plätze an der Spitze ihrer Parteiliste. Parteiensponsoring wird zu einer äußerst verbreiteten Erscheinung. Die politischen Ansprüche der Geschäftsleute sind typisch für alle Staaten mit Übergangswirtschaft. Gleichzeitig fällt es dem Staat schwer zu verhindern, dass die übermäßige Vertretung der Oligarchie im Parlament zu einer Verletzung von Interessen anderer sozialer Schichten führt.

Der Einfluss der Oligarchen auf die regionalpolitische Kräftekonstellation ist gering und beschränkt sich auf bestimmte Einzelsphären. Die oligarchischen Strukturen arbeiten in der Region informell zusammen, doch die Ansätze für Kapitalzusammenschlüsse auf regionaler Ebene sind immer noch zu schwach. Es existieren jedoch bilaterale Unternehmervereinigungen.⁴⁷ Andererseits beruht die Unterstützung der jeweiligen Hegemonialbestrebungen auf Verbindungen dieser Finanzgruppen zu Marktteilnehmern mit russischen, europäischen oder amerikanischen Investitionen. Dies äußert sich insbesondere bei der Wahlkampagne, wenn die Unternehmer ihr Finanzpotential in politischen Einfluss umwandeln möchten.

Die Staaten im Südkaukasus versuchen mehrere Verknüpfungen zu den international gewichtigen Akteuren herzustellen, um im regionalen zwischenstaatlichen Wettbewerb Stand halten zu können. Im Falle von Aserbaidshan sind es die transnationalen Erdölunternehmen, durch die der Staat eine so genannte Erdöldiplomatie⁴⁸ betreibt (Nasibli 2000). Armenien versucht die Diasporastrukturen unter dem einheitlichen Dach des armenischen Staates zu organisieren, wobei der Lobbyismus in den USA, der EU und Russland den außenpolitischen Zielen Armeniens dienen soll.⁴⁹ Georgien nimmt eine geopolitische Schlüsselrolle im Südkaukasus ein und entwickelt dementsprechend seine Beziehungen zu den westlichen Staaten.

⁴⁷ Am 30. September 2004 wurde der Georgisch-Armenische Wirtschaftsverband gegründet, der die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmern aus Georgien und Armenien fördern soll.

⁴⁸ Als „Erdöldiplomatie“ bezeichnet man in diesem Fall die Versuche der aserbaidshanischen Regierung, den Einfluss und das Lobbying von Erdölunternehmen zur Erlangung von Vorteilen im Karabach-Friedensprozess bzw. zur Isolierung Armeniens von den regionalen Erdölprojekten zu verwenden.

⁴⁹ „Zwei mächtige und energische Lobbygruppen, die Armenian Assembly of America und das Armenian National Committee of America, setzen sich in Washington für die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern von 1915 ein, wie auch generell für politisches Wohlwollen der USA gegenüber Armenien. Vor kurzem hat der armenisch-russische Oligarch Aram Abrahamian mit dem offiziellen Segen des russischen Präsidenten Wladimir Putin die 'Weltorganisation der Armenier' gegründet. In Eriwan fürchtet man jedoch, es könne sich wieder einmal um ein Manöver des Kreml handeln, mit dem Ziel, seinen Einfluss nicht nur auf Armenien, sondern auf die weltweite armenische Diaspora auszuweiten.“ (Die Armenier aus dem Ausland, TAZ, 16.01.2004)

3.4. Der Machtausgleich zwischen den weltpolitischen Akteuren im Südkaukasus

Die Osterweiterung der Europäischen Union hat bereits eine Diskussion über das „neue Europa“ und die so genannte „special relationship“ der neuen Mitgliedstaaten zu den Vereinigten Staaten ausgelöst. Am 31. Mai 2003 wurde von mehreren europäischen Intellektuellen durch eine klare Positionierung gegen den Irak-Krieg auch ein deutlicher Versuch gemacht, eine Debatte über die Umdeutung der „europäischen (postnationalen) Identität“ im Hinblick auf einen alternativen europäischen Ansatz zur US-Hegemonie zu eröffnen. Besonders viel diskutiert wurde in diesem Zusammenhang der Beitrag „Die Wiedergeburt Europas“⁵⁰ von Jürgen Habermas und Jacques Derrida in der FAZ. (Vgl. Deppe 2004). In diesem Kontext rückt für die Europäische Union die Frage der Wahrnehmung einer „europäischen Öffentlichkeit“ und den „mehreren Qualitäten“ des europäischen Staates seitens der angrenzenden Länder in den Mittelpunkt. Dabei erhebt sich die – bisher für die EU nicht entscheidende – geopolitische Dimension zu einer neuen Herausforderung für die Europäische Sicherheitsstrategie im geographischen Raum, der sowohl das „Wider Europe“, als auch das „Große Nahost“ einschließt. Nicht zuletzt die Sicherheitspolitik in diesen Ländern spielt eine wesentliche Rolle.

Von den drei südkaukasischen Staaten haben Georgien und Aserbaidschan den Kriegshandlungen im Irak zugestimmt. Armenien weigerte sich den Irak-Krieg der USA zu unterstützen und schickte auch keine Truppen in das besetzte Land.⁵¹ Nach einer veröffentlichten Analyse des amerikanischen Forschungsinstituts „Stratfor“ („Battle for the FSU: Wooing Armenia“, April 27, 2004) sind die USA bestrebt, Armenien auf ihre Seite zu ziehen, um Russland und den Iran endgültig aus dem Südkaukasus zu verdrängen. Während Georgien und Aserbaidschan sicherheitspolitisch auf Washington angewiesen sind, da sie nach einer NATO Mitgliedschaft streben und ihre Truppen mittlerweile im Irak stationiert haben, ist Armenien ein Militärbündnis mit Russland eingegangen und unterhält gute Beziehungen zu dem Iran. „Stratfor“ kommt zum Schluss, dass die USA nach Wegen suchen müssen, um Armenien sicherheitspolitisch umzuorientieren. Eine Option bestände

⁵⁰ Habermas, Jürgen/ Derrida, Jacques (2003): Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai 2003, S. 33/34.

⁵¹ Die Nationalversammlung Armeniens soll 2005 über eine mögliche Entsendung von einem armenischen Militärkontingent (50 Soldaten unter dem polnischen Kommando) nach Irak entscheiden. Diese Aktion ist unter den armenischen Parteien sehr umstritten auch wegen den möglichen Sicherheitsrisiken für die armenische Gemeinde im Irak.

beispielsweise darin, das Land mit der Karabach-Frage unter Druck zu setzen. Da die armenische Seite territorialen Streit mit dem amerikanischen Bündnispartner Aserbaidschan hat und die Verhandlungen als Sieger abschließen möchte, gibt es offenkundig einen Anreiz, die Beziehungen zu den USA zu verbessern, um keine Zugeständnisse machen zu müssen. Doch bisher sind die diplomatischen Bemühungen misslungen. Deshalb kann nur eine Steigerung der US-amerikanischen Militärpräsenz in den umliegenden Ländern Georgien, Aserbaidschan und dem Irak, die armenische Regierung zum Umlenken zwingen.

In der sicherheitspolitischen Konstellation der Region tritt eine interessante Zusammensetzung von Interessen externer Akteure auf. Trotz seiner mehrschichtigen Sicherheitspolitik gehört Armenien zu den Stabilitätsinseln dieser turbulenten Region und ist das einzige Land in einem umfassenden Umkreis, dessen Territorium, Staatsbürger und Regierung in keinerlei Verbindungen zum internationalen Terrorismus stehen. Damit erhöht sich die Bedeutung eines solchen Akteurs sowohl für die USA als auch für die EU, die großes Interesse an einer Stabilisierung im Nahen Osten haben. Im Falle von Aserbaidschan erwähnen Asmus und Jackson (2004), dass die Fähigkeit des Landes, sich in eine erfolgreiche moslemische Demokratie zu wandeln, zu einem wichtigen Faktor im Kampf gegen den Terrorismus werden könnte. Sie sprechen auch von einem Zugang zu den in Aserbaidschan stationierten Militärstationen. Im Kontext der am 16. August 2004 von Donald Rumsfeld verkündeten US-Truppenverlagerung ist Aserbaidschan ein möglicher Kandidat für neue US-Stützpunkte.⁵²

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten und den Ländern des Südkaukasus stützt sich hauptsächlich auf das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ und die individuellen Aktionspläne der NATO sowie auf diverse bilaterale Abkommen. Während die NATO in Armenien und Georgien erfolgreich die Manöver „Cooperative Best Effort“ durchgeführt hat, scheiterten die für den 13. September 2004 in Aserbaidschan geplanten Übungen, da die Regierung in Baku die Einreise für die armenischen Offiziere verbieten wollte. So gehören auch die individuellen Aktionspläne der NATO zu den wichtigen Instrumenten zur Stärkung des regionalen Kooperationsansatzes.

⁵² „Neue US-Stützpunkte werden möglicherweise in den Ländern Uganda, Aserbaidschan und San Tome-Inseln stationiert. Diese Truppen werden außerdem für die Sicherheit der BTC-Pipeline sorgen. Erdöl und Gas fließen hauptsächlich nach Westeuropa. Deshalb ist die Sicherung dieser Wege im Interesse der USA und der NATO. Am besten sollte diese Aufgabe die NATO erfüllen...“ (U.S. Gen. Charles Wald, EUCOM, Defense News)

Für die Durchsetzung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft erscheint die Haltung der Türkei angesichts ihrer umstrittenen EU-Beitrittsperspektiven und einer starken militärisch-strategischen Bindung zu den USA durchaus als wichtig. Die Türkei versucht ihre Rolle als regionale Macht zu etablieren und nimmt parallel zu den Verhandlungen mit der EU auch an dem US-amerikanischen Plan „Großes Nahost“ teil. Angesichts eines gewissen Misstrauens in Europa, mit der Türkei die europäischen Sicherheitsinteressen – ohne sich dem Druck der USA beugen zu müssen – im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen zu können, bildet der Südkaukasus für die EU einen ausbalancierenden Faktor in den Machtbeziehungen zwischen der EU und den anderen weltpolitischen Akteuren.

Die neue Sicherheitsstrategie der EU⁵³ hebt die Herausforderungen und Bedrohungen aus der unmittelbaren Nachbarschaft der EU hervor und betont die Notwendigkeit von Konfliktprävention und Maßnahmen gegen sonstige Gefahren, wie das Scheitern von Staaten, Migration, Korruption, Drogenhandel, Kriminalität und Sicherheitsprobleme (Cornell 2003: 23). Mit der Durchsetzung dieser Strategie steigt das sicherheitspolitische Engagement der EU im Südkaukasus. Die EU sucht bereits nach Möglichkeiten, um eine aktive Vermittlerrolle bei den Verhandlungen zur politischen Lösung der oben erwähnten eingefrorenen Konflikte im Kaukasus zu übernehmen. In Anbetracht dessen, dass die EU eine 60 000 Mann zählende Interventionstruppe zu schaffen beabsichtigt, kann man erwarten, dass gerade sie, und nicht die NATO, im Ergebnis der objektiven geopolitischen Kräftekonstellation in der Region eine dominierende Rolle in der Sicherheitsarchitektur des Südkaukasus übernehmen wird, wie dies bereits auf dem Balkan passiert ist.

Die Heranführungsstrategien der EU und der NATO verlaufen parallel zu einander. Der NATO-Summit in Istanbul im Juni 2004 erklärte den Südkaukasus zu einer Region vorrangigen Interesses. Entsprechend soll die militärische Zusammenarbeit mit diesen Ländern intensiviert werden. Unterdessen äußerte der Sonderbeauftragte der EU im Südkaukasus Heikki Talvitie⁵⁴ Besorgnis über die Anwesenheit amerikanischer und russischer

⁵³ Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, den 12. Dezember 2003. <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/info-service/download/pdf/friedenspolitik/ess.pdf>

⁵⁴ Heikki Talvitie wurde am 7.7.2003 zum Sonderbeauftragten der EU für den Südkaukasus ernannt (Gemeinsame Aktion 2003/496/GASP, ABl. L 169, 8.7.2003). Der EUSR wird die Umsetzung der politischen Ziele der EU unterstützen, die darin bestehen, die Länder des Südkaukasus bei der Durchführung politischer und wirtschaftlicher Reformen zu unterstützen, Konflikte zu verhüten und bei deren Lösung zu helfen, die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen zu fördern, konstruktive Beziehungen zu den wichtigsten nationalen Akteuren in der Nachbarregion zu unterhalten, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region zu fördern und die Koordinierung, die Kohärenz und die

Streitkräfte in der Region, indem er erwähnte, dass die Länder des Südkaukasus „die amerikanischen und russischen Werte nicht übernehmen wollen“, und, fügte hinzu, dass die EU keine Militärpräsenz benötigt, um die europäischen Werte zu verbreiten.⁵⁵

4. Einbindung des Südkaukasus in den europäischen Integrationsprozess

Die europäische Südkaukasuspolitik hat sich nach dem Zerfall der Sowjetunion kontinuierlich weiterentwickelt. In der Periode von 1990-2004 ist ein labiler Konsens unter den europäischen Akteuren zustande gekommen. Anfang der 90er Jahre war das europäische Engagement in der Region hauptsächlich auf die Vermittlungstätigkeit bei den Verhandlungen zur Lösung der Konflikte in Berg-Karabach, Abchasien und Südossetien im Rahmen der OSZE-Initiativen beschränkt. Die Mitgliedstaaten der EU gewährten den südkaukasischen Staaten eine finanzielle Beihilfe von ca. einer Milliarde Euro, die die politische und wirtschaftliche Transformation in diesen Ländern unterstützen sollte.

4.1. Wandel in der europäischen Südkaukasuspolitik: Von den PKA⁵⁶ zum „Wider Europe“

Durch die Unterzeichnung von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit den drei südkaukasischen Republiken am 22. April 1996 auf dem „Troika“ – Treffen in Luxemburg hat eine neue Phase der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Ländern des Südkaukasus begonnen.⁵⁷ Das Interesse an der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Entwicklung im Grenzgebiet Europas, die reichen Energieressourcen und die wichtigen Transportwege zwischen der Europäischen Union und Südost- bzw. Zentra-

Effizienz der Aktionen der EU im Südkaukasus sicherzustellen. Der EUSR wird die Arbeit des Hohen Vertreters, Javier Solana, in der Region unterstützen.

⁵⁵ „Serkalo“-Zeitung, Baku, 05.07.04.

⁵⁶ Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) wurden zwischen der EU und den südkaukasischen Ländern unterzeichnet. Das Ziel dieser Partnerschaft ist es, einen geeigneten Rahmen für den politischen Dialog zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, der den Ausbau der politischen Beziehungen ermöglicht und die Bestrebungen von Armenien, Georgien und Aserbaidschan zur Festigung ihrer Demokratien und zur Entwicklung der Wirtschaft sowie zur Vollendung des Übergangs zur Marktwirtschaft zu unterstützen. Darüber hinaus sollen die Verträge die Ausweitung von Handel und Investitionen sowie ausgewogene Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien fördern und so die nachhaltige Entwicklung ihrer Wirtschaft begünstigen, um eine Grundlage für die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesetzgebung, Wirtschaft, Soziales, Finanzen, zivile Wissenschaft sowie Technik und Kultur zu schaffen.

⁵⁷ Die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sind erst im Jahre 1999 in Kraft getreten.

lasien (Anhang 4) führten zur Schaffung eines vertraglichen Rahmens, um die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Staaten des Südkaukasus rechtlich zu stabilisieren. Die Verträge regeln zahlreiche Bereiche, wie die Unterstützung bei der demokratischen Konsolidierung und der wirtschaftlichen Transformation sowie Fragen der Investitions- und Handelspolitik. 1999 folgte eine Gemeinsame Erklärung der Europäischen Union und der Regierungen von Armenien, Aserbaidschan und Georgien, in der die Parteien beabsichtigen, den politischen Dialog, und die wirtschaftlichen Kooperationsbemühungen auf regionaler Ebene voranzutreiben.⁵⁸ Somit wurden auch die Instrumentarien der EU zur Unterstützung regionaler Integrationsansätze genauer definiert.

Am 27. Februar 2001 äußerte der Rat in den Schlussfolgerungen über Südkaukasien die Absicht, die Beziehungen der Europäischen Union zu den Ländern der Region weiter zu intensivieren. Auf der Grundlage dieser Dokumente und der Ergebnisse von regelmäßigen Treffen zwischen der Troika der Europäischen Union und den Außenministern Armeniens, Aserbaidschans und Georgiens, sowie der Empfehlungen der parlamentarischen Kooperationsausschüsse (EU-Armenien, EU-Aserbaidschan und EU-Georgien) formulierte das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 28. Februar 2002 in einzelnen Bereichen die politisch-strategischen Prioritäten für die Kooperation in der Region.⁵⁹

Es wurden erstmals Grundprinzipien zur Konfliktlösung, Optionen für die regionale Kooperation ausgearbeitet und Verknüpfungen mit der EU Politik zu den Nachbarstaaten, wie z.B. Russland, dem Iran und der Türkei erörtert. Die Bedeutung der regionalen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres – des einzigen Kooperationsrates, der die drei Länder Südkaukasiens unter den elf Mitgliedstaaten der Region umfasst – wird akzentuiert.

Die Notwendigkeit der Einbeziehung des Südkaukasus in die Erweiterungspläne der EU galt in den 90er Jahren als umstritten. Als im Juni 2003 auf dem Gipfeltreffen in Thessaloniki das Programm „Wider Europe – New Neighbourhood“ von den Staats- und

⁵⁸ „Wir kommen überein, unsere Zusammenarbeit auf diesen Gebieten sowohl durch den politischen Dialog nach Artikel 5 der PKA als auch durch fortgesetzte Kontakte zwischen den drei Regierungen dieser Region und EU Missionen zu vertiefen.“ (Gemeinsame Erklärung der Europäischen Union und der Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien, 22. Juni 1999, Luxemburg)

⁵⁹ Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Beziehungen der Europäischen Union zu Transkaukasien im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) (KOM(1999) 272 – C5-0116/1999 – 1999/2119(COS)).
<http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2002/ce293/ce29320021128de00960100.pdf>

Regierungschefs beschlossen wurde, standen Armenien, Georgien und Aserbaidschan nicht auf der Liste der Nachbarländer, zu denen die EU ihre Beziehungen im Rahmen einer gemeinsamen Strategie aufbauen wollte. Erst später konnte sich in den Institutionen der Europäischen Union der Standpunkt durchsetzen, wonach auch der Südkaukasus für die europäischen Interessen von strategischer Bedeutung ist. Hierzu haben sowohl gesellschaftspolitische Signale aus der Region, als auch das Interesse bestimmter politischer Kräfte im Europäischen Parlament⁶⁰ und die geopolitischen Überlegungen der europäischen Regierungen beigetragen. Im November 2003 hat der EU-Ministerrat einen Vorschlag über die Aufnahme von Armenien, Aserbaidschan und Georgien in das Programm „Wider Europe“ unterbreitet. Der regelmäßige „Gahrton-Bericht“ zur Südkaukasuspolitik des Europäischen Parlaments hat am 26. Februar 2004 diese Absicht ebenfalls bekräftigt. Am 17. Juli 2004 hat der Europäische Rat endgültig beschlossen, diese Länder in das Konzept aufzunehmen.

Der Entwicklungsgang der europäischen Südkaukasuspolitik zeigt, dass sie sich in einem fortwährenden Umgestaltungsprozess befand und durch ein passives ökonomisches und integrations-, sowie sicherheitspolitisches Interesse begleitet wurde. Diese Politik ist schließlich an einen Punkt gelangt, an dem ein europäisches Engagement unmittelbar den alternativen Konzeptionen der Europäisierung und den amerikanischen und russischen Vorstellungen des Integrationsrahmens für den Südkaukasus gegenübersteht.

4.2. Die Osterweiterung der EU: Folgen für den Südkaukasus

Die politischen und institutionellen Integrationsprozesse in der Region sind stark von der Osterweiterung der Europäischen Union und deren außenwirtschaftspolitischen Konsequenzen beeinflusst. Die gleichzeitige Mitgliedschaft von zehn osteuropäischen Staaten verändert nicht nur deutlich die Struktur des Osthandels der EU (Clement/Repegather 2003: 4), sondern orientiert auch die Wirtschaften der Nachbarregionen, darunter auch die des Südkaukasus, eindeutig auf den europäischen Markt. Die Struktur der Handelsbeziehungen ist dadurch geprägt, dass sich die drei südkaukasischen Staaten

⁶⁰ Im Europäischen Parlament vertreten eine aktive Südkaukasuspolitik hauptsächlich Abgeordnete aus der Grünen-Fraktion, der Vereinigten Europäischen Linken und die Mitglieder der EVP. (<http://europa.eu.int/idea/index.htm>; Delegationen für die Beziehungen zu den Transkaukasischen Republiken: Armenien, Aserbaidschan, Georgien)

seit 1990 vom GUS-Markt abwendeten und ihre Handelsströme in erheblichem Maße auf andere – überwiegend europäische – Staaten umgeleitet haben.⁶¹

Im Hinblick auf die Osterweiterung stellt sich die Frage, warum die regionalpolitischen Vorgaben des Südkaukasus von denen der osteuropäischen Länder und Nachbarregionen der Europäischen Union zu unterscheiden sind. Der Südkaukasus gehörte traditionell zum Einflussbereich Russlands. Jedoch unterscheidet sich die Region sozial und kulturell von dem slawisch geprägten osteuropäischen Raum. Sie wird – ähnlich wie im Falle der baltischen Staaten – fast immer als ein Ganzes wahrgenommen.

In der Frage der Westorientierung verlief die Transformation in den baltischen Staaten schnell. In diesen Ländern war nach nur 50 Jahren sowjetischer Vorherrschaft noch kein vollständiger Generationswechsel vollzogen und die Gesellschaften waren nicht stark sowjetisiert. Im Südkaukasus ist dieser Prozess komplizierter. Wenn wir die Berichte von Kaukasusexperten am Anfang des 20. Jahrhunderts vergleichen, so wird deutlich, dass Armenien und Georgien nicht nur eine europäische Orientierung hatten, sondern auch nach Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit europäischen Staaten gesucht hatten. Georgien neigte zu einer Zusammenarbeit mit Großbritannien und zum Teil mit Deutschland, Armenien hingegen mit Frankreich, aber auch mit den USA. Dabei bestand im Südkaukasus Anfang des 20. Jahrhunderts, bis 1920, ein gewisses Misstrauen gegenüber Russland wegen dessen expansionistischer Ansprüche. Der Türkei gegenüber hatte man große Zweifel oder sogar, offene Befürchtungen (Hajrapetjan 2003). Diese gründeten auf der türkischen Diskriminierungspolitik gegenüber den christlichen Minderheiten, darunter auch den Armeniern und Georgiern.

Gegenwärtig machen sich die baltischen Staaten und Polen dafür stark, die Gestaltung einer europäischen Nachbarschaftspolitik in Richtung Osten voranzutreiben. Dieser neue Vektor innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zielt vor allem auf den Südkaukasus. Bezweckt ist, dass sich – in Analogie zum Baltikum – auch in der südkaukasischen Region eine umfassende politische und ökonomische Transformation hin zu einer geopolitischen Einheit entwickeln soll.

Ein prägnantes Merkmal, durch das sich der Südkaukasus von den Nachbarstaaten Türkei, Russland, Ukraine sowie von den nahöstlichen und zentralasiatischen Regionen

⁶¹ Belarus, Moldova und die Ukraine sind hingegen handelspolitisch noch relativ stark in die GUS eingebunden. (Clement/Repegather 2003: 4)

unterscheidet, ist die Konzentration sehr unterschiedlicher staatlicher und gesellschaftlicher Akteure auf einem relativ kleinen geographischen Territorium. Dabei ist das politische Handeln dieser Akteure größtenteils durch unterschiedliche, oft entgegengesetzte Interessen und Manipulationen seitens externer Akteure bedingt. Darüber hinaus zeichnet sich die Region durch ihre ethnische Vielfalt aus, auch wenn sie von den auswärtigen Akteuren als ein gemeinsamer Wirtschafts- und Kulturraum betrachtet wird.

5. Die europäische Integration und vergleichbare Ansätze im Südkaukasus

5.1. Integrationsoptionen für den Südkaukasus

Die regionale Konfiguration des Südkaukasus und die unvollendete Herausbildung geopolitischer Allianzen in der Region befinden sich in einer Kristallisationsphase. Dadurch, dass die Staaten zum Teil einen Widerspruch zwischen der regionalen Zusammenarbeit und ihren nationalen Interessen sehen,⁶² kommt diese Kooperation oft nur aufgrund externer Impulse, z.B. der von den internationalen Geberorganisationen (IWF, Weltbank usw.) koordinierten und gesteuerten Marktreformen voran (Aslund 2002). Allerdings eröffnet die vorangeschrittene doppelte Transformation – der Marktradikalismus und die Konsolidierung nationaler Demokratien – die Möglichkeit, entweder den Integrationsrahmen autonom und multilateral auszurichten oder den Anschluss an ein umfassenderes Integrationsprojekt zu suchen. Dabei kommt auch eine Kombination dieser beiden Lösungen in Frage. Mit der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaftsräume stellt sich parallel die Notwendigkeit einer institutionellen Kontrolle der regionalen Integration.

In der Diskussion, ob Armenien, Aserbaidschan und Georgien zu Europa gehören bzw. wie die Beziehungen zu diesen Ländern aufgebaut werden sollen, treten in der Regel einige wichtige Faktoren auf. Zum einen fördert die Europäische Union stärkere Integrationsbemühungen dieser Staaten auf regionaler Ebene und eine eindeutige Positionierung gegenüber Europa. Zum anderen hängt das Engagement der Europäischen Union im Südkaukasus offensichtlich von der Definition der eigenen Energiepolitik ab. Auch die Angst vor dem erneuten Ausbruch bewaffneter Konflikte und der Entstehung von Flücht-

⁶² Diese Tendenz war auch unter den mittel- und osteuropäischen Ländern zu beobachten.

lingsströmen im Grenzgebiet Europas bewegt die EU dazu, eigene Konzepte für die Region auszuarbeiten (Schorkowitz 2001). Andererseits gibt es in Georgien und Armenien positive gesellschaftspolitische Entwicklungen die aus europäischer Sicht nicht ignoriert werden können. Zudem handelt es sich um eine Region, die in ihrer kulturellen Ausprägung gegebenenfalls ein Vorposten die Europäische Union im Osten sein könnte.

Es bestehen zwei prinzipielle Positionen, die von den Vertretern der europäischen Parteien und der einzelnen EU-Staaten bezüglich der Südkaukasuspolitik in den europäischen Institutionen vertreten werden. Die erste, passive Position befürchtet eine zusätzliche Belastung für die EU, die möglicherweise durch die Einbeziehung des Südkaukasus in die europäische Agenda und die Gewährung von Integrationsperspektiven auftreten kann. In diesem Fall werden sich die zentralen Probleme der Osterweiterung weiter zuspitzen und im Ergebnis die EU insgesamt schwächen. Die zweite Haltung spricht sich dagegen für eine aktive Teilnahme des Südkaukasus an europäischen Integrationsinitiativen aus und bezeichnet die Region als entscheidend für die europäische Sicherheit und Außenwirtschaftspolitik. Es wird argumentiert, dass die EU über viele Instrumente verfügt, um die Transformationsprozesse im Südkaukasus optimal zu beeinflussen und zu stabilisieren.

In diesem Kontext sind auch die Mitgliedstaaten zu erwähnen, die an den Erdölprojekten am Kaspischen Meer aktiv beteiligt sind (z.B. Großbritannien, Italien, Frankreich) und auch solche, die historisch enge Beziehungen zu den Ländern der Region pflegen.⁶³ Zu den letzteren gehört auch Deutschland, das sich für eine aktive Südkaukasuspolitik ausspricht. Diese Tatsache bezieht sich unter anderem auch auf die vorhandenen Verbindungen zwischen Ostdeutschland und den nationalen Eliten in der Region. Wegen der Tatsache, dass es zwar englische und französische aber keine deutschen Unternehmen unter den großen multinationalen Erdölfirmen am Kaspischen Meer gibt, stellt die Bundesrepublik die regionalen Entwicklungen im kaspischen Raum in größere, auch globale Zusammenhänge (vgl. von Poeltz in: Bergedorfer Gesprächskreis 1998). Nach Meinung der Vorsitzenden der Delegation EU/Südkaukasus, der CSU-Europaabgeordneten Ursula Schleicher „destabilisiert Russland die Region Südkaukasus und konterkariert die Politik und Nachbarschaftshilfe der Europäischen Union beim Aufbau der Selbständigkeit und Demokratie in diesen Ländern“.⁶⁴ Das hängt insbesondere mit der Verwendung von

⁶³ Aus dieser Erwägung übernehmen die Repräsentanten aus den skandinavischen Ländern oft die Berichterstattung bzw. die Vermittlungsrolle im Südkaukasus, da sie als neutral angesehen werden.

⁶⁴ Ursula Schleicher, EU/Südkaukasus: „Rußland konterkariert EU-Politik!“ <http://www.uschleicher.de>

Druckmitteln in der Energiepolitik zusammen. Ebenso kritisierte die Delegationsvorsitzende, dass Fragen der Energiezufuhr aus diesen Ländern in die Europäische Union noch nicht abschließend geregelt seien.⁶⁵ Ein entscheidender Punkt für die Mitglieder der Südkaukasus-Delegation im EP ist die Öffnung der armenisch-türkischen Grenze, durch die eine Eisenbahnverbindung zwischen Europa und dem Südkaukasus wieder hergestellt werden kann. In der Debatte über den umstrittenen Türkei-Beitritt fällt auf, dass die Organe der Europäischen Union in der Frage der Anerkennung des Völkermords⁶⁶ an dem armenischen Volk und der Option einer armenisch-türkischen Versöhnung keine einheitliche Position vertreten. Mitunter scheint der Verdacht gerechtfertigt, dass diese Fragen taktisch und aus realpolitischen Erwägungen heraus behandelt und instrumentalisiert werden.⁶⁷

Im Jahre 2001 wurde der Gedanke eines europäischen Stabilitätspaktes für den Südkaukasus entwickelt und anschließend wiederholt in Europa diskutiert (Schorkowitz 2001). Das von Michael Emerson ausgearbeitete Konzept sieht ein Modell vor, das dem südosteuropäischen Pakt sehr ähnlich ist. Demnach wird dem südlichen Kaukasus eine „große geostrategische Bedeutung“ zugeschrieben und die Region an die EU gebunden. „Das Ziel der mittelbaren geostrategischen Interessen sei die Anbindung der kaukasischen Staaten an Europa“ (Erler 2002). Unter anderem sollte die ungehinderte Energiezufuhr aus dem Südkaukasus und Zentralasien das entscheidende strategische Interesse sein.

⁶⁵ Debatte des EP über die EU-Politik gegenüber dem Südkaukasus, Brüssel, den 26.02.2004.

⁶⁶ Nach dem russisch-persischen Krieg von 1828 war Armenien in zwei Teile geteilt. Der persische Teil Armeniens (Ostarmenien), der an das Zarenreich fiel, ist identisch mit der heutigen Republik Armenien. Im türkisch besetzten Landesteil (Westarmenien) eskalierten die Ereignisse seit dem Ende des 19. Jh.s Die von Sultan Abdulhamid II. (1876-1909) gegenüber den Armeniern geführte aggressive Politik mündete in den ersten großen Massakern von 1894-96. Diese Politik setzte die „Jungtürkische“ Regierung fort, indem sie ihren grausamen Plan, alle im osmanischen Reich lebenden Armenier zu vernichten, im ersten Weltkrieg vollzog. Im Frühling 1915 wurden mehr als 1,5 Millionen Armenier in ihrer historischen Heimat umgebracht. Der 24. April 1915 ist als Datum des Völkermordes an dem armenischen Volk in die Geschichte eingegangen, bis heute aber nur von 16 Ländern (darunter auch Frankreich und Russland), jedoch immer noch nicht von der Türkei anerkannt worden.

⁶⁷ Seit 1987 fordert das Europäische Parlament die türkische Regierung auf, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen.

Tabelle 1. Komponenten der europäischen Südkaukasuspolitik

| EU-Mitgliedstaaten | Prioritäten in der Südkaukasuspolitik | Prozesse | Implikationen und Gesamteffekte für die EU-Politik |
|--|---|---|--|
| Großbritannien | Erdöl- und Erdgasprojekte | atlantische Geopolitik, geopolitische Umgestaltung der Region | Stärkung der geopolitischen Dimension |
| Deutschland | Binnenmarkt (neue Märkte), Handelswege, Stabilität | Entstehung eines neuen Wirtschaftsraums, regionale Zusammenarbeit | Ausgleichsfaktor in den Beziehungen zu Russland und der Türkei |
| Frankreich | Anbindung an Europa, Stabilität | Stärkung der politischen Präsenz der EU im Südkaukasus | Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen der EU als weltpolitischer Akteur |
| Neue Mitgliedstaaten (Polen, Baltikum) | neue Ostpolitik der EU, Osthandel, Erfahrungsaustausch, 3+3 Initiative | Veränderung des Ost-West-Handels, regionale Zusammenarbeit | Wahrnehmung der kulturellen Nähe und der Brückenfunktion |
| Griechenland, Zypern | Beziehungen zur Türkei, Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, Kooperationsrahmen Griechenland-Armenien-Iran | griechisch-türkische und armenisch-türkische Versöhnung | Perspektive eines EU-Modells in der neuen Nachbarschaft |
| Skandinavische Länder, Finnland | Neutrale Vermittlung | | Entstehung alternativer Transitwege nach Iran, Indien und China |

Quelle: eigene Darstellung

In einer Studie erläutert Hans-Jürgen Zahorka (2001) am Beispiel Armeniens die Beitrittsperspektiven des Landes. Er unterstreicht die Notwendigkeit, ein vorläufiges Beitrittsszenario zu entwickeln und erwähnt die Tatsache, dass es z.B. für die Baltischen Republiken noch Anfang 90er Jahre fast undenkbar war, dass sie zehn Jahre später EU-Mitglieder werden sollten. „Die armenische Regierung sollte kurz vor der entscheidenden Sitzung des Europäischen Rates im Dezember 2004 ihre Absicht bekannt geben, an einem späteren Termin, etwa in 2007, einen formellen EU-Beitrittsantrag stellen zu wollen. Damit hätte sie alle Rechte gewahrt, um später EU-Mitglied zu werden, und die – legitimen – armenischen Interessen wären ab diesem Zeitpunkt integraler Bestandteil der Verhand-

lungen zwischen der EU und der Türkei“ (Zahorka 2001: 2). Für Armenien als „europäischen Staat“ sprechen die Mitgliedschaft im Europarat, eine klare Orientierung der Bevölkerung an Europa, ein großer Konsens mit europäischen Grundwerten und die Geltung europäischer Zivilisationselemente. Überdies hat sich die EU bei ihrer Erweiterung klar für eine pan-europäische Dimension ausgesprochen.⁶⁸

Als Alternativen zum Beitritt könnte Anpassung in einzelnen wirtschaftspolitischen Bereichen in Frage kommen. Im Falle eines „Freihandelsabkommens oder einer Zollunion“ könnte die EU ein solches Konzept regional (mit Armenien, Georgien, Aserbaidschan) umsetzen. Die so genannte „Lösung nach Art des Europäischen Wirtschaftsraums“⁶⁹ sei für Armenien nicht geeignet, denn das Projekt umfasst nicht den Agrarsektor, der in Armenien noch eine große Rolle spielt. Optionen einer solchen Art von „nicht-diskriminierender Zweite-Klassen-Mitgliedschaft“ (Zahorka 2001: 7) hat es in der EU bereits um 1990 (für Mittel- und Osteuropa) und um 2000 (für die Balkanländer) gegeben.

5.2. Konflikte, objektive Interdependenzen, negative Integration: „Spill-over“

Die politischen Verhältnisse, in denen die staatlichen und gesellschaftlichen Akteure des Südkaukasus agieren, sind von einem Netzwerk aus Konfliktbeziehungen geprägt, das seine turbulente Phase (Kriegshandlungen 1990-94) bereits überwunden hat und für die Wahl eines Rahmens für regionale Zusammenarbeit und die Herausbildung von Kooperationsstrukturen offen steht. Die Ursachen dieser Konfliktbeziehungen bilden die umstrittenen administrativen Grenzen, die historisch-kulturellen Aspekte der Beziehungen zwischen den südkaukasischen Staaten, sowie den unterschiedlichen ethnischen Gruppen, und die starke Akzentuierung von Fragen wirtschaftlicher Selbständigkeit und internationaler Anerkennung, die aufgrund des im Werdegang befindlichen „nation-building“ eine zwischenstaatliche Konkurrenz in der Region ausgelöst und die Integration in den Hintergrund gedrängt haben.⁷⁰

⁶⁸ „Armenien ist auch in den Augen der herrschenden Lehre der Geographie ein zu Europa gehörendes Land, das freilich am Rande Europas liegt. Dies sollte Armenien offensiv unterstreichen, seine Brücken- und Drehscheibenfunktion. Das Europäische Parlament stellte am 12.01.2002 fest, dass Armenien (und Georgien) Mitglieder der EU werden könnten“ (Interview mit Torben Holtze, dem Chef der Europäischen Delegation in Armenien und Georgien, Arminfo, 22.01.2002)

⁶⁹ Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) zwischen dem EU-Binnenmarkt und den EFTA-Staaten Norwegen, Island und Lichtenstein.

⁷⁰ Die Konflikte spielen die Rolle eines Druckmittels für auswärtige Akteure, die dadurch auf die Entscheidungen der drei Regierungen Einfluss nehmen können.

Drehpunkte der oben genannten Beziehungen bilden die Konflikte um Berg-Karabach, Abchasien und Südossetien. Beim ersten Fall handelt es sich um das „de facto“ unabhängige armenische Gebiet Berg-Karabach⁷¹, das nach dem Krieg 1990-94 zwischen Berg-Karabach und Aserbaidschan (Mangott 1999) allmählich einen integrierten politischen und wirtschaftlichen Raum mit Armenien zu bilden begann. Dieser Prozess ist mittlerweile weit vorangeschritten. Armenien agiert inzwischen gewissermaßen als ein Schutzstaat für die international nicht anerkannte Republik Berg-Karabach. Unter diesen Verhältnissen und wegen der komplizierten geographischen Lage von Berg-Karabach als Enklave, wird die Integrationsförderung im gesamten Südkaukasus für Armenien zu einer entscheidenden außenpolitischen Aufgabe.

Während die armenische Seite aktiv für regionale Integrationsprojekte plädiert, lehnt Aserbaidschan jede Art von Zusammenarbeit mit Armenien ab. Die Karabach-Frage, die die Schlüsselrolle in der gesamten südkaukasischen Integrationskrise darstellt, wirkt sowohl für Armenien als auch für Aserbaidschan als eine Art Katalysator für die Entwicklung der Innen- und Außenpolitik. Viele wirtschafts- und regionalpolitische Initiativen sind mit dieser Problemstellung verknüpft.⁷²

Die Konflikte in Abchasien und Südossetien hindern den regelmäßigen Eisenbahnverkehr über das georgische Territorium in Nord-Süd Richtung. Neben diesen Auseinandersetzungen engt die Heterogenität und ineffiziente Verfassungsstruktur des kleinen georgischen Staates den politischen Handlungsspielraum der georgischen Regierung deutlich ein. Historisch bildete Georgien größtenteils einen Bund mit zahlreichen Fürstentümern. Seit der Wende 1991 wird es mit dem Syndrom des „kleinen Imperiums“ (Markov 2004) konfrontiert, wobei die Konzepte für die Beziehungen zu den Autonomiegebieten nicht ausgearbeitet sind. Die Ursachen der entstandenen Krisenherde in Georgien liegen in der Intoleranz seitens der georgischen Zentralregierung gegenüber den gesellschaftlichen und nationalen Bewegungen in den Autonomiegebieten (Abchasien, Südossetien). Die „Rosenrevolution“ hat eine Erneuerung der Gesellschaftspolitik in Georgien hervorgebracht, und die daraus resultierende Demokratisierung des Landes stärkte das Ansehen

⁷¹ „Am stabilsten, sowohl politisch als auch ökonomisch, erscheint noch die Lage in Berg-Karabach, das unter den Sezessionsgebilden den höchsten Grad an Staatlichkeit aufweist und in Hinsicht auf die Kontrolle über sein Territorium auch im Vergleich mit de jure-Staaten wie Georgien eher gut dasteht.“ (Halbach 2002: 9)

⁷² Im Falle einer Aufhebung der Blockade seitens der Türkei und Aserbaidschans würde Armenien die Exporte verdoppeln und das Handelsbilanzdefizit zweimal reduzieren. Die aserbaidchanischen Exporte können um 11 Prozent

der Regierung in der Region und in Europa. Allerdings haben sich trotz der eingefrorenen Konflikte bestimmte Kooperationsstrukturen zwischen den wirtschaftlichen Akteuren in den drei Republiken herausgebildet, die indirekte wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den Ländern und international nicht anerkannten administrativen Subjekten der Region schaffen. Diese Tatsache ist auf die objektiven Interdependenzen zwischen diesen Staaten zurückzuführen.⁷³

Die angestrebten Entwicklungsstrategien der südkaukasischen Staaten und administrativen Subjekte fördern die Vertiefung der gegenseitigen wirtschaftlichen Interdependenzen, allerdings unter Beibehaltung des „Status quo“. Diese Interessenkonstellation könnte man in Form eines „potentiell kooperativen Nicht-Nullsummenspiels“⁷⁴ (Wiese 2002: 67) darstellen. Zum Beispiel ist die gewinnbringende Transitfunktion für Georgien zum Teil durch die Krise der armenisch-aserbaidshischen bzw. armenisch-türkischen Beziehungen gesichert, infolgedessen Armenien keinen Transit auf der Ost-West Verbindung übernehmen kann. Daher ist das Interesse Georgiens an einer baldigen Entspannung in Berg-Karabach gering. Andererseits ist die Inbetriebnahme der BTC-Pipeline für Aserbaidshen eine entscheidende Einnahmequelle⁷⁵ dar, so dass ein erneuter Ausbruch des Konflikts in unmittelbarer Nähe der Pipeline nicht mehr im Interesse der Regierung in Baku liegen dürfte. Weiterhin bedeutsam ist die Option der georgischen Regierung ihre kontroversen Beziehungen zu Russland mit Hilfe der armenischen Seite auszubalancieren und dadurch eine starke Abhängigkeit von der türkisch-aserbaidshischen Achse zu vermeiden.

Armenien, Aserbaidshen und Georgien sind wirtschaftlich und logistisch stark von einander abhängig. Auch die in den drei Republiken existierenden Diasporen (Sabanadze 2001) und Volksgemeinden⁷⁶ tragen zur gegenseitigen Verflechtung und dem geregelten

erhöht werden. Die Verluste der armenischen Wirtschaft betragen jährlich mehr als 500 Mio US-Dollar. („Transport and International Trade in CIS-7“, Report of World Bank, Lucerne, January 20-23 of 2003)

⁷³ Georgien ist von den armenischen Stromlieferungen abhängig. Aserbaidshen verwirklicht mit Georgien die ein Jahrhundertprojekt genannte Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline. Für die armenischen Exporte nach Europa sind die georgischen Schwarzmeerhäfen lebenswichtige Knotenpunkte für die internationalen Handelsströme. Ein gewisser Handel von Waren wird zwischen Armenien und Aserbaidshen allerdings auf indirektem Wege über Georgien getätigt. Siehe auch Anhang 5.

⁷⁴ „Strategisch interessanter sind die potentiell kooperativen Nicht-Nullsummenspiele, bei denen die Spieler teils gleichgerichtete, teils entgegengesetzte Interessen haben (mixed motive games)“ (Wiese 2002).

⁷⁵ Nach vorläufigen optimistischen Schätzungen sollen die Erdöllieferungen durch BTC-Pipeline dem aserbaidshischen Staatshaushalt jährlich ca. 4 Milliarden Dollar mehr Einnahmen bringen.

⁷⁶ Siehe: Anhang 4.

grenzüberschreitenden regionalen Handel bei.⁷⁷ Die negative Integration (Scharpf 1996) wird dabei vor allem durch die von Armenien und Aserbaidschan mit Georgien abgeschlossenen bilateralen Abkommen gefördert. Diese beziehen sich vor allem auf die Zollpolitik und Transitgebühren, sowie Vereinbarungen zu konkreten Projekten wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Gleichzeitig sind die südkaukasischen Länder darauf bedacht, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit nicht zu groß wachsen zu lassen, um im Kampf um eine führende Rolle in der Region mithalten zu können. In diesem Kontext spielt Georgien die entscheidende Trägerrolle in der Formierung eines gemeinsamen Marktes. Bereits Anfang 2004 hat die georgische Seite einen Vorschlag zur Bildung einer südkaukasischen Freihandelszone gemacht.

Die zunehmende Konzentration auf die ökonomische Dimension bei der Regelung innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Beziehungen zeugt von einem Wendepunkt, in dem die politischen Eliten der südkaukasischen Staaten nicht mehr an den ethnisch-kulturellen Konfliktthemen festhalten, sondern kontinuierlich den Anforderungen eines so genannten Spill-over-Prozesses nachkommen. Der durch die neofunktionalistische Integrationstheorie bekannte Begriff des Spill-over-Effektes⁷⁸ drückt einen wichtigen Kausalmechanismus (nach der Formel „form follows function“) der europäischen Integration aus. Im Falle der südkaukasischen Staaten kommt dieser Effekt auf folgende Weise zum Ausdruck: Die Vertiefung der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen zwei Staaten bzw. Subregionen in einem bestimmten Bereich führt dazu, dass eine objektive Notwendigkeit der Kooperation auf politischer Ebene entsteht. Wegen der regionalen Verflechtungen und dem zwischenstaatlichen Wettbewerb werden alle Akteure der Region in den Prozess involviert. Außerdem nimmt der bereits bestehende Problemdruck in anderen Bereichen noch mehr zu.

5.3. Geoökonomische Vorteile für das europäische Binnenmarktprojekt

Der europäische Binnenmarkt als eine wichtige Komponente eines hegemonialen neoliberalen Projektes (Bieling/Steinhilber 2000) kann für die Region des Südkaukasus und für

⁷⁷ Siehe: Anhang 5

⁷⁸ Beispiele des Spill-over-Effektes in der Entwicklung der europäischen Integration sind die Auswirkungen des Binnenmarktes: der freie Kapitalverkehr, Integrationsdruck im Währungssektor, der freie Personenverkehr, Kriminalitätsbekämpfung usw.

die Europäische Union selbst aus einer Reihe von Gesichtspunkten an Bedeutung gewinnen. Hegemoniale Bestrebungen kommen hier zwar nicht so deutlich, wie im Falle von Osteuropa zum Ausdruck, doch im Südkaukasus existiert eine entscheidende geopolitische Dimension, die sich in wirtschaftsstrategischen Vorteilen für die Europäische Union niederschlagen könnte.

Der Südkaukasus ist nicht nur energiepolitisch von Interesse, sondern stellt auch einen alternativen Zugangsweg nach Zentralasien und Südostasien dar. Die Wiederbelebung der mit den EU-Mitteln geförderten „alten Seidenstraße“ könnte auf dem eurasischen Kontinent einen neuen Wirtschaftsraum schaffen. Ähnliche Projekte wurden auch in der Vergangenheit von den Europäern geplant und verwirklicht. Sie gehören zu den strategischen Zielsetzungen der EU-Ostpolitik. Mit dieser Option bekommt der europäische Binnenmarkt zusätzliche Expansionsmöglichkeiten. Damit versucht die EU die eigene Position innerhalb der Triade zu stärken. Von besonderer Bedeutung ist die Verbindung zu den Märkten des Iran, Indiens und Chinas.

Die Voraussetzung für die erfolgreiche Ausdehnung des Binnenmarktes ist die Realisierung der Idee eines gemeinsamen Marktes bzw. einer Freihandelszone der Südkaukasus-Staaten. Diese wurde auch vom deutschen Außenminister Fischer in Form einer Zollunion⁷⁹ ins Gespräch gebracht. Die Europäische Union unterstützt bereits eine gemeinsame regionale Energiepolitik und Projekte im Bereich der Infrastruktur. Wie der gesamte osteuropäische Raum, so ist auch der Südkaukasus stark von den europäischen Direktinvestitionen abhängig.

⁷⁹ „...Da klingt die Botschaft an alle an, die in den letzten Monaten die Bedeutung des Außenministers im Kabinett Schröder gemindert sehen: weil der Kanzler sich jetzt, seines Parteivorsitzes ledig, stärker um die vermeintlich 'wichtigen' Felder der Außenpolitik selbst kümmern, weil seit dem deutsch-amerikanischen Wieder-Vertragen auf höchster Ebene die Gesprächsverbindung der beiden Außenminister an Bedeutung verloren habe. Fischer sucht im Kaukasus den Gegenbeweis anzutreten. Als Lockmittel seines EU-Nachbarschaftsprogramms stellt der deutsche Außenminister vor den Botschaftern die Idee eines gemeinsamen Marktes der Südkaukasus-Staaten vor, 'oder vielleicht eine Zollunion'. Er denkt an gemeinsame regionale Energiepolitik, an den gemeinsamen Ausbau der Verkehrswege und der Infrastruktur“ („Fischer-Reise: Zupfen am kaukasischen Knoten“ Johannes Leithäuser, FAZ, 24. April 2004, Nr. 96 / Seite 6).

Tabelle 2. Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen (1995-2002, Mio USD)

| | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 1995-2002 | |
|----------------|------|------|-------|-------|------|------|------|-------|-----------------|--------------|
| | | | | | | | | | Ins-ges. | pro Kopf, \$ |
| Armenien | 25 | 18 | 52 | 220 | 122 | 104 | 92 | 80 | 642 | 213 |
| Georgien | 6 | 54 | 236 | 221 | 60 | 152 | 100 | 150 | 838 | 157 |
| Aserbaid-schan | 282 | 661 | 1.093 | 1.023 | 550 | 117 | 314 | 1.300 | 4.062 | 501 |
| MOE-Staaten | | | | | | | | | 98,3 Mrd | 1.365 |

Quelle: EBRD, *Transition report update*, May 2002.

Das zögernde Engagement der EU im Südkaukasus ist auch dadurch zu erklären, dass das westeuropäische Kapital in den Anfangsjahren der Transformation überwiegend im osteuropäischen Investitionsraum konzentriert war. Die im ERT vertretenen Erdölkonzerne konnten ohne bemerkenswerte Einbeziehung der EU mit Hilfe von bilateralen Vereinbarungen ihre Interessen bei den Regierungen der kleinen Staaten durchsetzen. Womöglich kann der Zuwachs des europäischen Anteils im südkaukasischen Markt die EU-Institutionen dazu veranlassen den ausgedehnten Binnenmarkt politisch aktiv zu unterstützen.

5.3. Die europäische Regionalpolitik und Perspektiven für den Südkaukasus

Die Erfahrungen der europäischen Regionalpolitik könnten infolge der enormen Fragmentierung der südkaukasischen politischen Landkarte von hohem Nutzen sein. Angesichts der gemäßigten und ersichtlichen Forderungen nach Selbstverwaltung und Dezentralisierung in zahlreichen Subregionen des Südkaukasus lässt sich die Umsetzung des europäischen Modells der grenzübergreifenden Zusammenarbeit⁸⁰ als eine optimale Lösungsmöglichkeit zur Verminderung der vorhandenen Spannungen darstellen. Diese Option kann nicht nur auf die kulturell bzw. ethnisch unterschiedlichen Autonomiegebiete bezogen werden, sondern auch auf angrenzende Industriestandorte, die ihre Produk-

⁸⁰ Die grenzübergreifende Zusammenarbeit wird bereits durch das EU-Programm TACIS im Südkaukasus gefördert. Außerdem werden ähnliche Projekte von KfW und GTZ finanziert. Die Bundesregierung gründete im Jahr 2001 die „Kaukasus Initiative“. Ein Grundprinzip dieser Initiative ist die Teilnahme von mindestens zwei Staaten des Südkaukasus an den entsprechenden Förderprojekten (Rechtssystem und kommunale Demokratie, Energiesektor, Privatwirtschaft, Bekämpfung der Tuberkulose, Schutz von Biosphärenreservaten).

tionsstrukturen miteinander vernetzt haben bzw. gemeinsam einen vollen Produktionszyklus durchführen. Ein Beispiel hierfür sind die benachbarten metallurgischen Standorte Rustavi (Georgien) und Alaverdi (Armenien). In vielen anderen Fällen ist die Entwicklung von Regionen ohne grenzübergreifende Kooperation und bilaterale Vereinbarungen nicht möglich.

5.4. Interessenvertretung im Europarat und in den EU-Institutionen

Armenien, Aserbaidschan und Georgien sind sowohl in der OSZE als auch im Europarat vertreten. Inzwischen sind diese Organisationen zu den wichtigsten Gremien für die Interessenvertretung der nationalen Regierungen geworden. Die Erfüllung von Auflagen des Europarates wird direkt mit dem geopolitischen Gewicht des Landes in Verbindung gebracht und verfestigt die Verhandlungspositionen des jeweiligen Staates in der Region.

Was die Herausbildung demokratischer Institutionen anbetrifft, so stehen Armenien und Georgien qualitativ auf einem höheren Niveau als Aserbaidschan. Das paritätische Prinzip des Europarates stuft die Länder in den meisten Fällen ungefähr gleich ein, um damit die regionalpolitischen Entwicklungen stabilisierend zu beeinflussen.⁸¹

Die entsprechenden Delegationen im Europarat kämpfen um vorteilhafte Resolutionen und betrachten den Europarat als Sprungbrett für eine mögliche Mitgliedschaft bzw. Assoziierung mit der Europäischen Union. Eine Reihe von lobbyistischen Gruppen üben Einfluss auf die Entscheidungen zur Südkaukasuspolitik aus. Es handelt sich vor allem um Erdölkonzerne, die an dem Baku-Ceyhan Konsortium beteiligt sind. Darüber hinaus ist die einflussreiche armenische Diaspora aus Frankreich und Belgien mit mehreren Organisationen in Brüssel präsent. Unterschiedliche Menschenrechtsorganisationen, ökologische Bewegungen und weitere zivilgesellschaftliche Akteure beschäftigen sich permanent mit den Entwicklungen im Südkaukasus. Zahlreiche ökologische Gruppen kämpfen gegen den Bau der BTC-Pipeline, deren geplante Route eine Gefahr für die Umwelt darstellen könnte.

⁸¹ Die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2003 wurden von der Beobachtermission des Europarates und der OSZE in Armenien strenger und in Aserbaidschan milder bewertet. Dadurch sollte die Legitimation für die anstehenden Friedensgespräche zwischen den zwei Präsidenten angeglichen werden.

6. Schluss

Im Südkaukasus zeichnen sich in der Konkurrenz von Hegemonialinitiativen seitens der drei weltpolitischen Akteure - EU, USA und Russland – immer deutlicher die Konturen einer europäischen auf „soft power“ basierten Alternative in Form eines politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich geförderten regionalen Kooperationsansatzes ab. Dieser Ansatz hebt die geopolitischen bzw. machtpolitischen Ansprüche der Europäischen Union in einer strategisch wichtigen Region hervor. Der europäische Integrationsprozess erweist sich als eine dominante Entwicklung und verursacht einen Spill-over-Effekt, der bei den Konfliktlösungen, dem gesellschaftspolitischen Umbau und den Stimuli für negative Integration seinen Ausdruck findet. Die europäische Südkaukasuspolitik wird sowohl durch die neue Nachbarschaftspolitik der EU „Wider Europe“, als auch die EU-Programme TRACECA, INOGATE, TACIS, sowie durch die Idee eines europäischen „Stabilitätspaktes für den Südkaukasus“ konkretisiert.

Aus der regionalen Perspektive führen die Europäisierungsansätze und die Hinwendung zur europäischen Integration zur Stärkung des regionalen Multilateralismus. Dieser entwickelt sich nun auch im Südkaukasus zu einer notwendigen Komponente der regionalen Konfiguration. Die südkaukasischen Staaten streben danach, die außenpolitischen Gegensätze zu reduzieren und die nationale Unabhängigkeit zu festigen. Diese Zielsetzungen werden durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU optimal gefördert.

Gesellschaftspolitisch werden zwei grundsätzliche Entwicklungen im Südkaukasus beobachtet. Während Armenien und Georgien vergleichbare demokratische Reformprozesse aufweisen, ist Aserbaidschan durch ein semi-autokratisches politisches System gekennzeichnet. Nicht zuletzt beruhen die europäischen Ambitionen von Armenien und Georgien auf zivilisatorischen Elementen, die zum Teil noch auf die altchristliche Geschichte dieser Länder zurückgehen.

Als Drehscheibe zwischen Europa und Asien bietet der Südkaukasus geopolitische Vorteile für das europäische Binnenmarktprojekt, die unter anderem außenwirtschaftspolitisch die Europäische Union innerhalb der Triade stärken können. In den drei Ländern des Südkaukasus sind dabei jeweils spezifische strategische Faktoren von zentraler Be-

deutung: in Armenien die politischen und finanziellen Hebel der Diaspora in Aserbaidschan die Erdölressourcen und in Georgien die geopolitische Schlüsselposition.

7. Anhang

Anhang 1

Pipelineprojekte

Anteile im Konsortium Baku – Tbilisi – Ceyhan Erdölpipeline
(Gesamtwert: 3,6 Milliarden US Dollar,
Kapazität: 50 Millionen Tonnen pro Jahr)

| | Aktionäre | Anteil |
|---|-------------------|--------|
| 1. | British Petroleum | 30,1 % |
| 2. | SOCAR | 25 % |
| 3. | Unocal | 8,9 % |
| 4. | Statoil | 8,71 % |
| 5. | TPAO | 6,53 % |
| 6. | Eni | 5 % |
| 7. | TotalFinaElf | 5 % |
| 8. | Itochu | 3,4 % |
| 9. | Inpex | 2,5 % |
| 10. | ConocoPhillips | 2,5 % |
| 11. | Amerada Hess | 2,36 % |
| Weitere Kreditgeber (70 % der Baukosten): EBRD, IFC, kommerzielle Banken, BP, Statoil, ConocoPhillips und Total | | |

Anteile im Projekt Baku – Tbilisi – Erzurum Erdgaspipeline
(Gesamtwert: 1 Milliarde US Dollar,
Kapazität: 30 Milliarden Km pro Jahr)

| | Aktionär | Anteil |
|----|------------------------------|--------|
| 1. | British Petroleum | 25,5 % |
| 4. | Statoil | 25,5 % |
| 5. | LUKAgip | 10 % |
| 6. | TotalFinaElf | 10 % |
| 7. | SOCAR | 10 % |
| 8. | National Iranian Oil Company | 10 % |
| 9. | TPAO | 9 % |

Quelle: Südkaukasisches Institut
für Regionale Sicherheit (SCIRS)

Erdgaspipeline Iran-Armenien
(Gesamtwert: 220 Mio US Dollar,
Kapazität: 2 Milliarden Km pro Jahr)

| | |
|----------|-------------|
| Armenien | 100 Mio USD |
| Iran | 120 Mio USD |

Quelle: Presseerklärung,
Energieministerium der Republik Armenien

Anhang 2

Wirtschaftliche Indikatoren der südkaukasischen Länder

| Kategorie | Armenien | Aserbai- dschan | Georgien | Berg – Karabach (Arzach) | Abcha- sien | Süd- ossetien |
|--|--------------------------|----------------------------|----------------------------|--------------------------------|----------------|------------------|
| Fläche (²km) | 29.800 | 81.800 | 69.700 | 4.800 | 7.867 | 2.732 |
| Bevölkerung (Stand: 2003) | 3,1 Mio | 8,2 Mio | 5,2 Mio | 150.000 | 200.000 | 70-80.000 |
| Streitkräfte (Aktiv & Re- serve) | 40.000 | 65- 70.000 | 17-20.000 | 20-25.000 | 5.000 | 2.000 |
| Militärausgaben (% des BIP, 2002) | 6,5 | 2,6 | 0,59 | - | - | - |
| Militärausgaben (\$, 2002) | 135 Mio | 121 Mio | 23 Mio | - | - | - |
| BIP (Quelle: Weltbank; \$, 2003) | 2,8 Mrd | 7,0 Mrd | 4,3 Mrd | 59 Mio (2001) | - | - |
| BIP pro Kopf (Euro, 2003) | 815 | 787 | 679 | 399,2 | - | - |
| Kaufkraftparität, BIP pro Kopf (\$, 2003) | 3.800 | 3.500 | 3.100 | - | - | - |
| Verschuldung (% des BIP, 2001) | 39,3 (2003) | 21,3 | 53,7 | - | - | - |
| Economic Free- dom Index 2005 | 2.58 (mostly free) | 3.38 (mostly unfree) | 3.34 (mostly unfree) | | | |
| EU-Hilfe (Euro) | 286, 13 | 333, 90 | 301, 28 | - | - | - |
| US-Hilfe (\$) | 1,2 Mrd | 198 Mio | 862 Mio | - | - | - |

Quellen: IWF, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament COM (2003) 104 final World Bank, WDI 2002; National Statistical Services of Armenia, Georgia and Azerbaijan, Heritage Foundation

Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zu 1991

| | 1992 | 1995 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004/Sept. |
|---------------------|----------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|------------|
| | 1991 = 100 | | | | | | |
| Aserbaidshon | 77,4 | 42,2 | 59,3 | 65,1 | 72,0 | 80,1 | |
| Armenien | 58,2 | 59,8 | 76,8 | 84,2 | 95,0 | 108,2 | |
| Georgien | 55,1 | 35,8 | 47,5 | 49,8 | 52,5 | 57,1 | |
| | Wachstum in % zum Vorjahr | | | | | | |
| Aserbaidshon | 77,4 | 88,2 | 111,1 | 109,9 | 110,6 | 111,2 | 109,9 |
| Armenien | 58,2 | 106,9 | 105,9 | 109,6 | 112,9 | 113,9 | 110,2 |
| Georgien | 55,1 | 102,6 | 101,8 | 104,8 | 105,5 | 108,6 | 108,4 |

Quelle: Statistisches Amt der GUS-Staaten

Anhang 3**Handelsbeziehungen: EU-Südkaukasus (2002)**

| | Exporte (Euro) | Importe (Euro) | Insgesamt |
|---------------------|-------------------|-------------------|------------------|
| Armenien | 209 Mio | 270 Mio | 479 Mio |
| Aserbaidshon | 1,547 Mrd | 416 Mio | 1,963 Mrd |
| Georgien | 63 Mio | 207 Mio | 270 Mio |
| Insgesamt | 1,819 Mrd | 893 Mio | 2,712 Mrd |

Quelle: Armenian-European Policy and Legal Advice Center

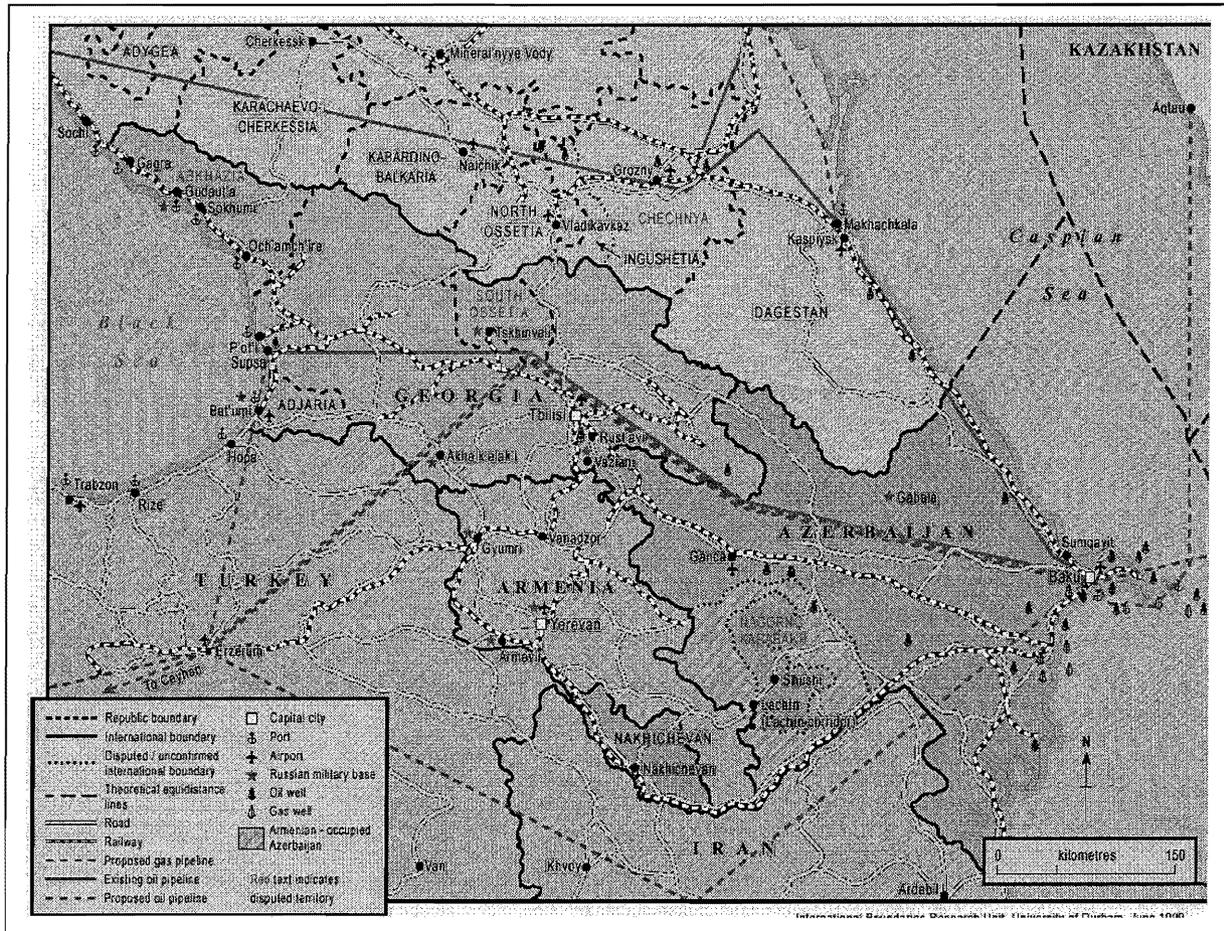
Außenhandel (2003)

| | Exporte | | Importe | |
|------------|----------------------|--------------------|----------------------|----------------------|
| ARM | Belgien | 25,2 % | Russland | 14,9 % |
| | Russland | 15,0 % | USA | 11,6 % |
| | USA | 12,7 % | Belgien | 9,5 % |
| | Iran | 9,3 % | Iran | 9,4 % |
| | | 536 Mio EUR | | 1,048 Mrd EUR |
| ASE | Italien | 57,0 % | USA | 16,1 % |
| | Israel | 7,2 % | Russland | 10,7 % |
| | Georgien | 4,5 % | Türkei | 10,4 % |
| | Russland | 3,4 % | Kasach. | 7,0 % |
| | | | Großbrit. | 5,0 % |
| | | | Japan | 1,4 % |
| | 2,292 Mrd EUR | | 1,761 Mrd EUR | |
| GEO | Türkei | 22,7 % | Türkei | 16,0 % |
| | Russland | 21,1 % | Russland | 14,1 % |
| | Deutsch. | 10,4 % | Aserb. | 8,5 % |
| | Aserb. | 6,4 % | Deutsch. | 7,7 % |
| | | | USA | 5,5 % |
| | 367 Mio EUR | | 773 Mrd EUR | |

Quellen: AEPLAC, Nationales Statistisches Amt der RA

Anhang 4

Kommunikationen und Infrastrukturen im Südkaukasus



Quelle: International Boundaries Research Unit, University of Durham

Wechselseitige Abhängigkeiten der Staaten des Südkaukasus

| | Armenien | Aserbaidshjan | Georgien |
|---------------|---|--|--|
| Armenien | Transportabhängigkeit | ■ | Nord-Handelsroute (Bahn, Autobahn)-Verbindung zu den Schwarzmeerhafen und Russland |
| | Energieabhängigkeit | ■ | Gasleitung aus Russland |
| | Politische Abhängigkeit | ■ | |
| | Mitgliedschaften in regionalen und internationalen Organisationen | Europarat, GUS, Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, WTO, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit | |
| Aserbaidshjan | Transportabhängigkeit | | Transit von Ölprodukten (BTC-Pipeline, Baku-Erzrum Erdaspipeline) |
| | Energieabhängigkeit | | |
| | Politische Abhängigkeit | | |
| | Mitgliedschaften in regionalen und internationalen Organisationen | | Europarat, GUS, Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, GUUAM |
| Georgien | Transportabhängigkeit | Autobahnverbindung mit dem Iran, Eisenbahnlinie Türkei | |
| | Energieabhängigkeit | Stromlieferungen aus Armenien | Importe und Transit von Ölprodukten |
| | Politische Abhängigkeit | Armenische Wählerschaft in Georgien | Aserbaidshjanische Wählerschaft in Georgien |
| | Mitgliedschaften in regionalen und internationalen Organisationen | | Europarat, GUS, Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, WTO, GUUAM |

Quelle: eigene Darstellung

8. Literaturverzeichnis

- Apeldoorn, Bastian van (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists, in: Bieling, Hans Jürgen/Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.
- Arutjunow, Sergej (1997): Transkaukasien bis ins 20. Jahrhundert. In: Wostok Spezial – Transkaukasien, Köln.
- Aslund, Anders (2002): Building Capitalism: The Transformation of the Former Soviet Bloc. New York: Cambridge University Press, 2002.
- Asmus, Ronald/Jackson, Bruce (2004): The Black Sea and the Frontiers of Freedom; German Marshall Fund of the United States.
- Auch, Eva-Maria (Hg.) (1996): Lebens- und Konfliktraum Kaukasien. Gemeinsame Lebenswelten und politische Visionen der kaukasischen Völker in Geschichte und Gegenwart, Großbarkau.
- Baev, Pavel/Coppieters, Bruno/Cornell, Svante E./Darchiashvili, David/Grigorian, Arman/Lynch, Dov/Roberts, John/Sagramoso, Domitilla/Shaffer, Brenda/Yunusov, Arif (2003): The South Caucasus: a challenge for the EU. EU-ISS Chaillot Paper No. 65, December 2003, European Union – Institute for Security Studies, Paris. <http://www.iss-eu.org/chaillot/chai65e.pdf>
- Bauer, Elisabeth (1979): Frühe Hochkultur im Bergland Armenien, München.
- Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (2003): Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie. Hamburg..
- Bergedorfer Gesprächskreis (1998): Energie und Geostrategie im Kaspischen Raum Akteure, Interessen, Konfliktpotentiale. Protokoll Nr. 113/1998.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.) (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.
- Bock, Ulrich (1988): Georgien und Armenien: Zwei christliche Kulturlandschaften im Süden der Sowjetunion, Köln.
- Bohle, Dorothee (2000): EU-Integration und Osterweiterung: die Konturen einer neuen europäischen Unordnung. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster.

- Bridge, Robert (2004): Guns and Roses in Georgia. The Moscow News, number 17, Moscow.
- Brzezinski, Zbigniew (1997): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim.
- Brzezinski, Zbigniew (2004): The Choice: Global Domination or Global Leadership, New York u.a.
- Cheterian, Vigen (2003): „Kleine Kriege und großes Spiel“, unter Redaktion von Alexander Iskandarian, Caucasus Media Institut, Jerewan.
- Clement, Hermann/Repegather, Alexandra (2003): Entwicklungen der Handelsbeziehungen und handelspolitischen Regelungen zwischen den GUS-Staaten und ihre Rückwirkungen auf den Ost-West-Handel, Osteuropa-Institut, München.
- Cohen, Ariel (2001): Crossing the Mountain: Russian Bear Back in South Caucasus, in: Caspian Roundup, vol.5, issue no.3, 2001.
- Coppieters, Bruno (2003): Federalism, regional integration and security guarantees in the Caucasus, Free University, Brussels.
- Deppe, Frank (2004): Die EU-Osterweiterung In: Anne Karras, Ingo Schmidt: Europa: lieber sozial als neoliberal attac Basis Texte #11, Hamburg.
- Deppe, Frank (2004b): Habermas' Manifesto for a European Renaissance: A Critique, in: Socialist Register 2005: The Empire Reloaded.
- Emerson, Michael (2003): The Shaping of a Policy Framework for the Wider Europe – CEPS Policy Brief No. 39 September, 2003.
- Emerson, Michael (2004): The Wider Europe Matrix. Series: CEPS Paperback Books, January, 2004.
- Emerson, Michael/Tocci, Nathalie/Prokhorova, Elena (2000): A stability pact for the Caucasus in theory and practice – a supplementary note. Yerevan, 26-28 September 2000, by Michael Emerson/Nathalie Tocci/Elena Prokhorova. – CEPS, Brüssel.
- Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Beziehungen der Europäischen Union zu Transkaukasien im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) (KOM(1999) 272 _C5-0116/1999 _ 1999/2119(COS))
<http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2002/ce293/ce29320021128de00960100.pdf>

- Erler, Gernot (2002): Regionale Konflikte in der Perspektive der "Nach-September-Welt" – Neue Optionen für den Südkaukasus? In: Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 52. Jahrgang/Heft 02, Februar 2002.
- Europäische Sicherheitsstrategie (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel. Vgl. <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/ess.pdf>
- EU-Strategiepapiere für Armenien, Aserbaidschan und Georgien:
http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/rsp/progs.htm
- Freitag-Wirringhaus, Rainer (1998): Aserbaidschan und die Türkei – Eine "Bruderbeziehung" im Wandel. In: Armenien. Geschichte und Gegenwart in schwierigem Umfeld. Deutsch-Armenische Gesellschaft. Frankfurt.
- Freitag-Wirringhaus, Rainer (1999): Politische Konstellationen im Südkaukasus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 42(15.10.1999).
- Fuller, Elisabeth (1999): Choices vs. Constraints: Foreign Policies of Armenia, Georgia and Azerbaijan. In: Mangott, Gerhard (Hrsg.) (1999): Brennpunkt Südkaukasus. Aufbruch trotz Krieg, Vertreibung und Willkürherrschaft, Österreichisches Institut für Internationale Politik.
- Gahrton-Bericht des EP (2002):
<http://www.europarl.eu.int/meetdocs/delegations/caus/20020327/Gahrton%20resolution%20de.pdf>
- Gasarian, A. (1903): Armenien unter der arabischen Herrschaft, Marburg.
- Gemeinsame Aktion 2003/496/GASP des Rates vom 7. Juli 2003 zur Ernennung eines Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Südkaukasus:
http://europa.eu.int/eur-lex/pri/de/oj/dat/2003/l_169/l_16920030708de00740075.pdf
- Giragosian, Richard (2002): U.S. Policy in the Transcaucasus: Implications for Armenian Foreign Policy. In: Directions Of The Armenian Foreign Policy, "Antares", Yerevan.
- Gowan, Peter (1999): The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance. New York.
- "Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn", Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 11.03.2003.
http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2003/com2003_0104de01.pdf
- Guluzade, Vafa (2003): "Caucasus Among Enemies and Friends", Baku.

- Gurdjian, Pierre/Andonian, Andre/Chalabyan, Avetik (2004): Armenia's Software Advantage, in: McKinsey Quarterly, Issue 1/2004.
- Gvosdev, Nikolas (2004): Vexing Questions of Democracy. In the National Interest, Volume 3, Issue 13, April 1, 2004.
- Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques (2003): Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Mai 2003.
- Hajrapetjan, Mikael (2003): Kleinasien und Kaukasus im Treffpunkt der Kulturen. In: Central Asia and Caucasus, Stockholm.
- Halbach, Uwe (1998): „Der Karabachkonflikt als Beispiel ethnoterritorialer Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion“, in „Armenien – Geschichte und Gegenwart in schwierigem Umfeld“, Deutsch-Armenische Gesellschaft, Frankfurt am Main, 1998.
- Halbach, Uwe (1999): „Staatsbildung und "Demokratisierung" in Zentralasien und im Kaukasus“, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 02, Februar 1999, S. 39-41.
- Halbach, Uwe (1999): Moskaus Südpolitik. Rußland und der Westen im Kaspischen Raum. Köln 1999 (=Berichte des BIOSt, H. 30).
- Halbach, Uwe (2002): Erdöl und Identität im Kaukasus: Regionalkonflikte zwischen ethnischer Mobilität und ökonomischem Interesse, Bonn.
- Halbach, Uwe (2003): Herbst der Patriarchen: Wahlen, dynastischer Herrschaftswechsel und »Rosenrevolution« im Südkaukasus Persischer Golf,. SWP-Aktuell 2003/49, November 2003, Berlin.
- Halbach, Uwe/Müller, Friedemann (2001): Persischer Golf, Kaspisches Meer und Kaukasus – Entsteht eine Region vitalen europäischen Interesses? SWP-Studie 1/01, Berlin.
- Holman, Otto (1999): Neoliberale Restrukturierung, transnationale Wirtschaftsbeziehungen und die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa; FEG Arbeitspapier Nr. 19, Marburg.
- Holman, Otto (2001): The Enlargement of the European Union towards Central and Eastern Europe: The Role of Supranational and Transnational Actors, in: Social Forces in the Making of the New Europe, herausgegeben von A. Bieler und A. Morton. Houndmills, Palgrave, 161-184.
- Iskandarian, Alexander (2003): Wahlen wie eine Naturkatastrophe, Kaukasisches Medieninstitut, Zeitschrift "Wostok", Heft 3/2003.
- Iskandarian, Alexander (2004): Armenian Battle of the Weak, Institute for War & Peace Reporting, Yerevan, (CRS No. 229, 28-Apr-04).

- Jaffe, Amy Myers/Manning, Robert (1998): The Myth of the Caspian Great Game: The Real Geopolitics of Energy. In: *Survival*, no. 4/1998/99.
- Krikorian, M. (1978): Die Geschichte der Armenisch-Apostolischen Kirche. In: *Die Kirche Armeniens. Eine Volkskirche zwischen Ost und West*. Stuttgart, S. 29-58.
- Luchterhand, Otto (1998): „Der Status der Republik Berg Karabach aus der Sicht des sowjetischen Staatsrechts“, in „Armenien – Geschichte und Gegenwart in schwierigem Umfeld“, Deutsch-Armenische Gesellschaft, Frankfurt am Main, 1998, S. 267-286.
- Luchterhandt, Otto (1993): Das Recht Berg-Karabachs auf staatliche Unabhängigkeit aus völkerrechtlicher Sicht, in: *Archiv des Völkerrechts* 31. Band (1993), S. 30-81.
- Mangott, Gerhard (Hrsg.) (1999): Brennpunkt Südkaukasus. Aufbruch trotz Krieg, Vertreibung und Willkürherrschaft, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Laxenburg (Laxenburger Internationale Studien; 14), Wien, Braumüller, 320 S.
- Manutscharjan, Aschot (2004): Wende im Kaukasus: Das "neue" Georgien – eine Aufgabe für Europa und die internationale Politik? In: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen Landesverband Bayern e.V.
- Mayer, Josef (2002): Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration, Wien.
- Nabijew, Rizwan (2004): Erdöl- und Erdgaspolitik in der kaspischen Region: Ressourcen, Verträge, Transportfragen und machtpolitische Interessen, Berlin.
- Nassibli, Nasib (2000): Azerbaijan's Geopolitics And Oil Pipeline Issue, *Journal of International Affairs*, December 1999-February 2000 Volume IV – number 4
- Nodia, Ghia (1999): Trying to Build State Institutions in Independent Georgia. In: Mangott, Gerhard (Hrsg.): Brennpunkt Südkaukasus. Aufbruch trotz Krieg, Vertreibung und Willkürherrschaft, Österreichisches Institut für Internationale Politik.
- Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA):
http://europa.eu.int/comm/external_relations/armenia/intro/
http://europa.eu.int/comm/external_relations/georgia/intro/
http://europa.eu.int/comm/external_relations/azerbaidjan/intro/
- Petrosyan, David (2000): Die Rolle der armenischen Oligarchen, *Deutsch-Armenische Korrespondenz*, , Nr. 109, Heft 3.
- Remarks by the President on Winston Churchill and the War on Terror; Library of Congress, Washington, D.C. February 4, 2004.
<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/02/20040204-4.html>

- Ruseckas, Laurent (1998): State of the Field Report: Energy and Politics in Central Asia and the Caucasus, National Bureau of Asian Research.
- Sabanadze, Natalia Armenian minority in Georgia (2001): defusing interethnic tension, Flensburg.
- Safrastyan, Ruben (2003): "It Is Impossible To Set Up Barriers Between Neighbors in the XXI Century...": Armenia and Turkey in Regional Developments (Articles and Interviews of 2001-2003). Yerevan: Zangak-97 Publishing House.
- Sargsyan, Hayk (2001): Economic Policy in Armenia: The State Role. The Armenian Center for National and International Studies, Yerevan.
- Scharpf, Fritz W. (1996): Negative and Positive Integration in the Political Economy of European Welfare States. In: Gary Marks, Fritz W. Scharpf, Philippe C. Schmitter und Wolfgang Streeck (Hrsg.), Governance in the European Union. London.
- Schorkowitz, Dittmar (2001): Konfliktregion Kaukasus – Ein Pakt für Stabilität mit Europa, Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 26./27. November 2001.
- Sekarev, Alexey (2002): Ungelöste Strukturprobleme begleiten das wirtschaftliche Wachstum, Deutsch-Armenische Korrespondenz, Nr.118, Heft 4.
- Stiglitz, Joseph E. (2004): Der Fluch natürlicher Ressourcen. Der Standard, Printausgabe, 16.08.2004.
- Tavitian, Nicolas (2001): Europas ängstliche Schritte im Kaukasus. In: Armenisch-Deutsche Korrespondenz, Nr. 115, Jg. 2001, Heft 3.
- Vertlib, Vladimir (1999): Die wirtschaftliche Dimension des Südkaukasus. In: Mangott, Gerhard (Hrsg.): Brennpunkt Südkaukasus. Aufbruch trotz Krieg, Vertreibung und Willkürherrschaft, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien.
- Wiese, Harald (2002): Entscheidungs- und Spieltheorie, Berlin u.a.
- Wolter, Detlev (1999): "Die Kaukasus-Politik der Europäischen Union", Auswärtiges Amt.
- Woskanjan, Aschot (2003): Komplementarismus und mögliche Modelle für europäische Integration der Länder des Südkaukasus; Runder Tisch, Südkaukasisches Institut für regionale Sicherheit, Mai/2003.
- Zahorka, Hans-Jürgen (2003): Wie Armenien der Europäischen Union näher kommen könnte. Armenian-European Policy and Legal Advice Centre, Jerewan.

- Nr. 1:** Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung, (*September 1992*) UKB 20 DM (*vergriffen*)
- Nr. 2:** Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe, (*September 1993*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 3:** Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?, (*Juni 1994*) UKB 20 DM (*vergriffen*)
- Nr. 4:** Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, (*August 1994*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 5:** Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tmmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling, (*April 1995*) UKB 12,50 EURO
- Nr. 6:** Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtvernderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime, (*Juli 1995*) UKB 15 EURO
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich, (*November 1995*) UKB 40 DM (*vergriffen*)
- Nr. 8:** Stefan Tidow, Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch, (*November 1996*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 9:** Kai Michelsen, Die gescheiterte Transformation des "schwedischen Modells", (*Februar 1997*) UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 10:** Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias, (*März 1997*) UKB 15 EURO
- Nr. 11:** Robert W. Cox, Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“, mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow, (*Dezember 1998*), UKB 12,50 EURO
- Nr. 12:** Jochen Steinhilber, Die französische Europadebatte der achtziger und neunziger Jahre – Zwischen nationalstaatlicher Konsolidierung und Europäischer Integration, (*Dezember 1998*), UKB 25 DM (*vergriffen*)
- Nr. 13:** Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber (Eds.), Dimensions of a Critical Theory of European Integration. Contributions by Frank Deppe, Stephen Gill, Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber, Henk Overbeek, Bastiaan van Appeldoorn, Magnus Ryner and Dieter Plehwe, (*März 2000*) 184 Seiten, UKB 12,50 EURO
- Nr. 14:** Ho-Geun Lee, Die Europäische Sozialpolitik im System der Mehrebenenregulation. Vom nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum „europäischen schumpeterianischen Leistungsregime“, (*Juni 2000*), UKB 20 EURO.
- Nr. 15:** Frank Deppe/Stefan Tidow (Hg.), Europäische Beschäftigungspolitik. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann, Alvaro Berriel Daz, Frank Deppe, Patrick Dold, Michael Felder, Gabriele Gilbert, Sven Gronau, Christina Jung, Jochen Steinhilber und Stefan Tidow (*Oktober 2000*), UKB 12,50 EURO
- Nr.16:** Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling (Hg.), Finanzmarktintegration und die Transformation der Corporate Governance Systeme in der Europäischen Union. Mit Beiträgen von: Martin Beckmann; Hans-Jürgen Bieling; Alexander Heftrich; Daniel Lambach; Emanuel Maess und Klaus Pokorny (*Mai 2002*), UKB 12 EURO

Nr. 17: Martin Beckmann, Shareholder-Ökonomie und die Reform der Alterssicherungssysteme in der Europäischen Union (*September 2002*), UKB 12 EURO

Nr. 18: Martin Beckmann; Hans-Jürgen Bieling; Frank Deppe (Hg.), The Emergence of a new Euro Capitalism? Implications for Analysis and Politics. Mit Beiträgen von: Hans-Jürgen Bieling; Dorothee Bohle; Frank Deppe; Sam Gindin/Leo Panitch; John Grahl; Christoph Scherrer (*April 2003*), UKB 12 EURO

Nr. 19: Woontaek Lim, Zur Transformation der industriellen Beziehungen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten: von der sozialgerechten Produktivitätspolitik zur wettbewerbsorientierten Ungleichheit (*September 2003*), UKB 17 EURO

FEG Arbeitspapiere

Nr. 1: Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (*Februar 1990*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 2: Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (*Mai 1990*) UKB 6 DM (*vergriffen*)

Nr. 3: Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (*Januar 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)

Nr. 4: Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (*März 1991*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 5: Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (*August 1991*) UKB 3,50 EURO

Nr. 6: Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (*März 1992*) UKB 12 DM (*vergriffen*)

Nr. 7: Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (*Januar 1993*) UKB 7,50 EURO

Nr. 8: Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (*Januar 1993*) UKB 6,50 EURO

Nr. 9: Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (*Marburg/Lahn 1992*)

Nr. 10: Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (*September 1993*) UKB 7,50 EURO

Nr. 11: Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (*Januar 1994*) UKB 13 DM (*vergriffen*)

Nr. 12: Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (*Januar 1994*) UKB 15 DM (*vergriffen*)

Nr. 13: Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (*September 1994*) UKB 10 DM (*vergriffen*)

Nr. 14: Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (*März 1996*) UKB 10 DM

Nr. 15: Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (*April 1996*) UKB 7,50 EURO

- Nr. 16:** Dieter Boris, Kristine Hirschhorn, North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (*August 1996*), UKB 5 Euro
- Nr. 17:** Hajo Holst, Das EU-Referendum in Norwegen 1994 – Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Sozialdemokratie und neoliberale Hegemonie, (*September 1998*), UKB 4 Euro
- Nr. 18:** Stefan Tidow, Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses (*Oktober 1998*), UKB 7,50 EURO
- Nr. 19:** Otto Holman, Neoliberale Restrukturierung, transnationale Wirtschaftsbeziehungen und die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa, (*Dezember 1999*), UKB 6,50 EURO
- Nr. 20:** Hans-Jürgen Bieling, Sozialdemokratische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der neoliberalen Konstellation, (*April 2000*), UKB 6,50 EURO.
- Nr. 21:** Werner Raza, Entstaatlichung lokaler öffentlicher Dienstleistungserbringung in der Europäischen Union, (*November 2001*), UKB 6,50 EURO.
- Nr. 22:** Clyde W. Barrow, God, Money, and the State. The Spirits of American Empire, (*Januar 2004*), UKB 6,50 EURO.
- Nr. 23:** Stefan Schmalz, Die Verhandlungen zur panamerikanischen Freihandelszone ALCA, Hegemonieverfall neoliberaler Politikkonzeptionen in Lateinamerika?(*Juni 2004*), UKB 7 EURO.
- Nr. 24:** Vahram Soghomonyan, Europäische Integration und die regionale Konfiguration des Südkaukasus, (*November 2004/Januar 2005*), UKB 7 EURO.

FEI: Leiter: Prof. Dr. F. Deppe, HD. Dr. H.-J. Bieling

Redaktion Arbeitspapiere und Studien: Bea Müller, David Salomon, Stefan Schmalz

Bestellungen an FEI,

Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg,

Wilhelm-Röpke-Straße 6, Block G, 35032 Marburg, Tel.: 06421/2825685

E-Mail: feg@mail.uni-marburg.de